



Evangelische Verantwortung

Pate der Oppositionsbewegung?

Wohin führt der Weg der evangelischen Kirche in der DDR?

Udo Hahn

„Zum ersten mal in seiner Geschichte hat der deutsche Protestantismus auf der richtigen Seite gestanden – bei den Unterdrückten und nicht bei den Unterdrückern, beim Volk und nicht bei den Mächtigen.“ Mit diesen Worten charakterisierte unlängst Pfarrer Heinrich Albertz die Rolle, die die Kirche in der DDR während der revolutionären Herbsttage des Jahres 1989 spielte. Was der frühere Innensenator und Regierende Bürgermeister von Berlin so treffend auf den Punkt brachte, wird wohl auch durch das Urteil einer späteren Geschichtsschreibung bestätigt werden, doch eines darf dabei nicht vergessen werden: die Menschen kamen zur Kirche, nicht umgekehrt.

Der kaum noch auszuhaltende Gewissenszwang des inzwischen bankrotten SED-Regimes unter Erich Honecker spülte viele, anfangs nur Intellektuelle, vor die Tore der Gotteshäuser, die sich öffneten. Die Kirche bot Schutz, sie bot einen Raum des Vertrauens, in dem die heute sich politisch formierende Opposition ihre ersten Gehversuche unternahm.

Die Kirche im zweiten deutschen Staat war die einzige Großorganisation, die der kommunistische Machtapparat nicht steuern konnte. Zudem hatte sie – dies gilt für die katholische wie die evangelische Kirche gleichermaßen – Möglichkeiten, von denen

in anderen sozialistischen Ländern Osteuropas nur geträumt werden konnte: eigene kirchliche Wochenzeitungen, Buchverlage sowie die Möglichkeit, hin und wieder im staatlichen Rundfunk und Fernsehen Sendeplätze zu erhalten.

Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat war in all den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg konfliktreich. In den 50er Jahren wurde vor allem die kirchliche Jugendarbeit durch den Vorwurf, Spitzeldienste für die USA zu leisten, immer wieder unter Beschuß genommen, wie überhaupt die Sorge um den jungen Menschen die Kirche immer wieder das Wort ergreifen ließ. Umstritten ist bis heute die staatliche Jugendweihe, die 97 Prozent aller DDR-Jugendlichen in Anspruch nehmen. Kritisiert wurde ferner die Einführung eines Wehrkundeunterrichts an den Schulen sowie das Fehlen eines zivilen Wehrersatzdienstes. Der Dienst als Bausoldat bei den Baueinheiten der Nationalen Volksarmee der DDR wurde von der Kirche nie akzeptiert. Einen Dauerkonflikt stellten die alljährlich im Herbst stattfindenden Friedenswochen dar. Aus ihnen erwuchs die Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“.

Christen in beiden deutschen Staaten durch „Gemeinschaft“ verbunden

Lange Zeit hoffte man, daß eine organisatorische Trennung der evangelischen Landeskirchen in beiden deutschen Staaten

Liebe Leser,

der EAK der CDU/CSU begrüßt lebhaft und in großer Dankbarkeit die gemeinsame Verlautbarung von EKD und Evangelischem Kirchenbund in der DDR (wir drucken die „Loccumer Erklärung“ vom 17. 1. 1990 auf der letzten Seite dieser Ausgabe ab).

Klarer kann man nicht aussprechen, was das gemeinsame Ziel unseres politischen Handelns bestimmt: „Wir wollen, daß die beiden deutschen Staaten zusammenwachsen.“ Mit Recht verweisen die Vertreter von Kirchenbund und EKD darauf, daß trotz der durch die SED erzwungenen organisatorischen Trennung die evangelischen Christen in beiden deutschen Staaten an der besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland festgehalten haben. Das war eine entscheidend wichtige Voraussetzung für alles, was in den letzten Monaten an Veränderungen geschehen ist.

Unter einem gesamtdeutschen Thema wird auch die nächste **EAK-Bundestagung am 23. und 24. März 1990 stehen. Wir freuen uns, daß diesmal der Bundeskanzler am Samstag, 24. 3. zu uns sprechen wird (das vorläufige Programm entnehmen Sie bitte der Seite 15).** Ich würde mich freuen, Sie in Wuppertal begrüßen zu dürfen.

Einladungen erhalten Sie ab sofort in der Bundesgeschäftsstelle.

Ihr

Albrecht Martin



Mahnwache in und vor der Ost-Berliner Gethsemane-Kirche

für die Christen in der DDR eine spürbare Erleichterung mit sich bringen würde. Im Jahre 1969 entstand der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Die Trennung war zwar vollzogen, doch stellten sowohl die EKD als auch der DDR-Kirchenbund klar, daß die Christen in beiden deutschen Staaten durch eine „besondere Gemeinschaft“ verbunden bleiben. Das Klima zwischen SED-Staat und Kirche blieb jedoch weiterhin frostig.

Kirche als Sprachrohr des Volkes

Eine Wende bahnte sich erst mit einem Gespräch zwischen dem damaligen Vorsitzenden des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Bischof Albrecht Schönherr, und Erich Honecker am 6. März 1978 an. Vorausgegangen waren zahlreiche Gesprächsangebote seitens der Kirche. Auch die auf der Synode des Bundes 1971 geprägte Formel von „Kirche im Sozialismus“ half zunächst wenig. Vor allem innerkirchlich ist sie immer umstritten geblieben. Schon Bischof Schönherr selbst nannte die Formel „nicht besonders präzise“. Ihm wäre „Kirche in der sozialistischen Gesellschaft der DDR“ präziser gewesen. Was sollte damit ausgesagt werden? „Wir wollen Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern wir wollen Kirche im Sozialismus sein“, erläuterte Schönherr.

Weitere Definitionen kamen hinzu: Die Kirche in der DDR verstehe sich weder als „Trojanisches Pferd der Konterrevolution“ noch als „Transmissionsriemen der SED“ (Manfred Stolpe); das Engagement der Kirche in der DDR-Gesellschaft solle von „kritischer Solidarität“ (Heino Falcke) geprägt sein oder sich in einer „kritisch unterscheidenden „Mitarbeit“ (Werner Krusche) äußern.

Bei all diesen Ansätzen darf die zahlenmäßige Größe der Kirche in der DDR nicht außer acht gelassen werden. Die im DDR-Kirchenbund zusammengeschlossenen acht evangelischen Landeskirchen (Sachsen, Thüringen, Görlitz, Kirchenprovinz Sachsen, Anhalt, Berlin-Brandenburg, Mecklenburg-Pommern und Greifswald) schätzen ihre Gesamtmitgliederszahl auf 5,1 Millionen. Diese Zahlen beziehen sich auf Erhebungen aus dem Jahre 1986.

Bezogen auf die damalige Wohnbevölkerung der DDR bedeutet dies, daß etwa 33 Prozent der Bürger zur evangelischen Kirche gehören. Demgegenüber gibt es rund eine Million Katholiken. Auch im Blick auf ihre Diaspora-Existenz hat die katholische Kirche beinahe alle Berührungen mit dem kommunistischen Machtapparat vermieden und nur auf das Nötigste beschränkt.



Udo Hahn: Kirche leitet ihre ureigenste Identität vom Evangelium her ab.

Die evangelische Kirche in der DDR darf man getrost „Volkskirche“ nennen. Ihre Funktion bestand oft darin, stellvertretend für jene gesellschaftlichen Kräfte tätig zu werden, die Lösungsmöglichkeiten erst gar nicht ins Auge faßten. Die Kirche wurde zu einem Sprachrohr des Volkes, nahm eine Stellvertreterrolle wahr. Dazu hieß es in dem Reformpapier der Ost-CDU „Brief aus Weimar“ vom 10. September 1989: Zum Teil werden die Kirchen in eine solche Rolle gedrängt, ohne es selbst zu wollen, zum Teil erliegen sie der Versuchung, auf diese Weise jene Beachtung zu finden, die ihnen bei der Erfüllung ihres eigentlichen Auftrages in unserer säkularisierten Gesellschaft nicht selten versagt bleibt. Auf jeden Fall fehlen ihnen für eine solche Stellvertretung weitgehend Kompetenz und Kraft. Letztlich wird man die Rolle der Kirche in der DDR nicht ganz so negativ einschätzen dürfen, denn Kompetenz und Kraft sind ihr gerade im vergangenen Herbst in erstaunlicher Weise zugewachsen.

Am 9. September 1989 schrieb der DDR-Kirchenbund an Erich Honecker und mahnt Reformen an: „Wir bitten deshalb erneut und dringlich

darum, offene und wirklichkeitsnahe Diskussionen über Ursachen von Unzufriedenheit und Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft zu führen und sie nicht sogleich durch stereotype Belehrungen oder sogar Drohungen abzuweisen; kritische Einwände der Bürger aufzunehmen und so zu berücksichtigen, daß sie in erkennbaren Veränderungen wirksam werden, die allen zugute kommen; auf zutreffende Informationen in allen Bereichen von Politik und Wirtschaft und auf eine realistische Berichterstattung in unseren Medien hinzuwirken, die nicht im Widerspruch zu dem stehen, was der Bürger Tag für Tag selbst sieht und erlebt...“

Großer Beliebtheit erfreuten sich in den letzten Jahren die Sonntagsblätter der einzelnen Landeskirchen, die 1988 permanent zensiert, 1989 aber eine wichtige Ergänzung zur offiziellen Berichterstattung waren.

Gratwanderung zwischen Anpassung und Opposition

Vom 15. bis 19. September 1989 tagte in Eisenach die Bundessynode. Ihr Vorsitzender, der thüringische Landesbischof Leich, forderte umfassende Reformen und bekräftigte den Anspruch der Kirche, sich in lebenswichtigen Fragen für das Volk zu engagieren. Drei Tage vor dem Rücktritt Honeckers, am 15. Oktober, schlägt Leich noch einmal in dieselbe Kerbe. Auf der ersten Tagung einer Landessynode in der Ara Krenz, stellte der sächsische Landesbischof Johannes Hempel das Machtmonopol der SED in Frage und prangerte die Gewalt des Staates gegen Demonstranten an.

In jenen Tagen trat die politische Opposition aus dem Schutzraum der Kirche heraus und stellte sich vor. Viele Theologen sind dabei, die in das politische Tagesgeschäft ganz einsteigen wollen. Der Kirche vertrauen die Menschen, auch wenn ihr Weg durch die Zeit einer Gratwanderung zwischen Anpassung und Opposition gleichkam. Mancher Kirchenführer hielt diese Gratwanderung nicht aus und stürzte ab. So geschah es jedenfalls dem früheren Greifswalder Bischof Horst Gienke. Am 5. November entzog ihm seine Synode das Ver-

trauen, am 14. November trat er zurück. Bischof Gienke wurde kritisiert, weil er zur Wiedereinweihung des Greifswalder Doms im Juni 1989 Erich Honecker eingeladen hatte, ohne seine Bischofskollegen darüber zu informieren und den Berlin-Brandenburgischen Bischof Gottfried Forck kurzerhand ausgeladen hatte. Das Faß der Staatsfreundlichkeit zum Überlaufen brachte ein Brief Gienkes an Honecker, indem er auch noch die Kritik der Kirchenzeitungen der DDR an der ganzen Affäre um die Wiedereinweihung kritisierte.

Wohin führt der Weg der evangelischen Kirche in der DDR?

Spekulationen sind nicht gebracht, denn vieles ist drüben weiter in Bewegung. Auch wenn die Vulkane der Revolution erloschen sind, die Lava glüht noch. Es bleibt aber eine Tatsache, daß die Kirche in der DDR nicht dadurch Profil zeigt, daß sie Pate der Oppositionsbewegung ist. Ihre ureigendste Identität leitet sie vom Evangelium her ab. In Seelsorge, Diakonie und Verkündigung der Frohen Botschaft liegt ihre unverwechselbare Identität, die sozial-politische Züge freilich keineswegs entbehrt.

Viele Menschen haben in den Kirchen der DDR Zuflucht gesucht. Waren es nur die Kirchenmauern, die wegen ihrer Schutzfunktion aufgesucht wurden? Hoffentlich nicht, denn da äußere Druck fehlt, was nötigt die Menschen, noch zur Kirche zu gehen? Es sei denn, daß sie dort auch eine geistliche Heimat finden konnten.

Die Wiederentdeckung der Kirche als geistlicher Heimstatt könnte auch in der DDR wie eine Seifenblase platzen, denn viele Übersiedler haben beispielsweise ihren Weg in den Westen über die Kirche genommen, die ihnen zu einer Sinnfindung in der DDR jedoch nicht verhelfen konnte. Offen bleiben die Kirchen drüben aber auch weiterhin für alle.

Anm.:

Der Autor leitet das Ressort „Evangelische Kirche“ bei der Bonner Wochenzeitung „Rheinischer Merkur/Christ und Welt“.

Gemeinsam vor der Herausforderung der Freiheit

Überlegungen zum Verhältnis von Evangelischer Kirche und Union in Gegenwart und Zukunft

Gerhard Stoltenberg

„Wenn wir nicht frei bleiben, können sie nicht frei werden“ – dieses Wort, das die 7. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU am 7. Juni 1958 an die evangelischen Christen in beiden Teilen Deutschlands richtete, erlebt heute seine fundamentale Rechtfertigung.

Die freiheitliche Demokratie hat sich allen Anfechtungen zum Trotz und gegenüber den totalitären Versuchungen unseres Jahrhunderts behaupten können. Unser fester Wille zur Selbstbehauptung und zur Verteidigung von Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung war und ist ein stetiges Signal für die Staaten Osteuropas und ganz besonders für unsere Landsleute in der DDR. In Zeiten tiefster Orientierungslosigkeit und Unterdrückung der Freiheit haben nicht zuletzt die evangelischen Christen in der Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Zustimmung zum neugegründeten freiheitlichen Verfassungsstaat den Grundstein für die heutige Renaissance der Demokratie-Idee in Osteuropa gelegt.

Das christliche Fundament der Union

Politisch aktive Christen wie Hermann Ehlers, Eugen Gerstenmaier, Robert Tillmanns, Walter Strauß u. a. waren am demokratischen Neuaufbau unseres Staates beteiligt und gehörten zu den Gründern der Union. Nach den bitteren Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur erkannten sie rasch die Notwendigkeit einer christlichen und überkonfessionellen Partei, die in einen engen Dialog mit den Kirchen eintreten sollte. Sicherlich haben auch in den anderen demokratischen Parteien Christen wertvolle Impulse zum demokratischen Neuaufbau gegeben, doch wollten vor allem die christlichen Politiker der Union den fundamentalen Neubeginn, der Totalitarismus-Kritik und demokratisches Staatsethos auf der Grundlage der christlich-europäischen Kul-

tur miteinander verband. Hier konnte man zugleich an die protestantischen Beiträge zum Aufbau der Demokratie in den angelsächsischen Ländern anknüpfen.

Während die traditionellen Links-Parteien mit den teils widerentdeckten Lehren ihrer älteren Parteiprogrammatik den Nationalsozialismus überwinden bzw. schon immer überwunden wissen wollten, beließen es die Unionsgründer nicht bei einer bloßen Anti-Haltung, wie sie im Begriff des Antifaschismus zum Ausdruck kommt. Vielmehr wurde zugleich mit der Ablehnung des Totalitarismus rechter und linker Provenienz eine nicht von außen, sondern selbstbestimmte christlich-demokratische Identität entwickelt. Für die CDU war das Naziregime nicht das Produkt einer fehlgeleiteten ökonomischen Entwicklung, des Kapitalismus und der Klassengesellschaft; sie bezog sich vielmehr auf moralische und staatsethische Kategorien von zeitloser Gültigkeit: Es war der Hinweis auf die ständigen Gefährdungen der freiheitlichen Demokratie durch kollektivistische und zugleich diktatorische Formen der Staatsallmacht, die nicht allein mit dem Bekenntnis zum Sozialismus überwunden waren.

Dieses politische Verständnis unter dem Primat der Freiheit und der Würde der Person wurde von engagierten Protestanten auch und gerade in die Ausgestaltung der neuen Wirtschaftsordnung übernommen. Gerade heute gilt es, daran zu erinnern, daß die Konzeption der „sozialen Marktwirtschaft“ ihre Wurzeln auch im Werk evangelischer Unionspolitiker und Nationalökonomien hat.

Dieser Zusammenhang ist in Kirche und Theologie weithin unbeachtet geblieben. Damit kamen vom evangelischen Flügel nicht allein Ansätze zu theologischer Grundlegung der Parteiarbeit, sondern auch Beiträge weltlicher Rationalität, die aber immer mit den sozialetischen Grundsätzen der Union verbunden waren.



Bundesminister Dr. Stoltenberg: Im gemeinsamen Dialog über Unterschiede, aber auch über die Übereinstimmungen sprechen.

So lag die Wirkung von Erhards sozialer Marktwirtschaft nicht allein in ihren unbestreitbaren wirtschaftlichen Erfolgen, sondern auch in der durch sie beförderten Bejahung der modernen Wirtschaft. Versuchungen; aus vorindustrieller Zeit die Muster überkommener Kapitalismuskritik abzuleiten, waren damit endgültig zum Scheitern verurteilt.

Als eine geradezu idealtypische protestantische gesellschaftliche Ordnungsform trägt die Marktwirtschaft der Verantwortung des Individuums und seinem theologisch-ethisch zu rechtfertigenden Streben nach ökonomischer Leistung und Wohlstand Rechnung. Über den Marktmechanismus kann dabei eine volkswirtschaftliche Effizienz erzielt werden, die es zugleich ermöglicht, die Lage der sozial Schwachen zu verbessern und darüber hinaus an die großen Probleme unserer Zeit – wie

die Unterstützung für Osteuropa, den Umweltschutz und Nord-Süd-Konflikt – heranzugehen.

Im Verlaufe der Entwicklung unseres Staates ist die Wesensverwandtschaft zwischen dem politischen Denken der Union einerseits und den protestantischen Traditionen andererseits immer wieder deutlich geworden. Diese Sichtweise wurde in der Vergangenheit nicht von allen kirchlichen Gruppierungen geteilt; und es wäre nicht sinnvoll, unterschiedliche Auffassungen zwischen Kirche und Union in politischen Teilbereichen leugnen zu wollen.

Notwendigkeit des Dialogs zwischen Kirche und Union

Heute gilt es, im gemeinsamen Dialog über die Unterschiede, aber auch die Übereinstimmungen zu sprechen, um die von der Wirklichkeit längst überholten, historisch bedingten Mißverständnisse auszuräumen. Hier sind beide Seiten aufgefordert, offen aufeinander zuzugehen. Einerseits müssen einige kirchliche Gruppierungen einsehen, daß vor allem ihre Kritik an unseren militärischen Vorsorgemaßnahmen, die zu Beginn der achtziger Jahre zu erheblichen Spannungen geführt hat, von dem Erfolg unserer Sicherheitspolitik längst widerlegt wurde. Auch haben die gewaltigen Veränderungen in Ost- und Westeuropa, verbunden mit den Diskussionen um die Deutsche Frage, bislang wenig Widerhall in den evangelischen Kirchen der Bundesrepublik gefunden.

Andererseits bleibt die Union aufgefordert, sich – trotz mancher Enttäuschungen in der Vergangenheit – nicht aus den innerkirchlichen Diskussionen zu verabschieden und an die positiven Beiträge und Orientierungshilfen der EKD für die Entwicklung unseres Staates anzuknüpfen.

fen. Darüber hinaus muß die Union ihre spezifisch christlichen Positionen und Wertbeurteilungen gegenüber einer zunehmend säkularer werdenden Welt offensiv vertreten.

Die Evangelischen Kirchen in Deutschland und die Union stehen heute vor gewaltigen Aufgaben und Herausforderungen. Sie betreffen sowohl die innere Entwicklung unseres Landes als auch unsere Stellung in Europa und der Welt. Es wäre ein fundamentaler Irrtum, angesichts der Selbstwiderlegung des Kommunismus schon vom „Ende der Geschichte“ zu sprechen. Die Freiheit der Demokratie und die Grundlagen unserer Marktwirtschaft müssen jeden Tag neu gefestigt und gestärkt werden.

Sicherlich haben Anti-Totalitarismus, wirtschaftlicher Erfolg und soziale Leistungsfähigkeit ihre verfassungstabilisierende Wirkung erwiesen. Jedoch ist fraglich, ob in einer sich immer rascher verändernden Welt diese Fundamente ausreichend sind, damit die freiheitliche Ordnung auch in Zukunft Bestand haben kann. Angesichts eines zunehmenden Homogenitätsverlustes unseres Staates liegt eine der wichtigsten Aufgaben der Politik in der Stärkung des ethischen und verfassungsrechtlichen Konsenses in unserer Gesellschaft. Die Lösung der modernen Gesellschaft von religiösen Bindungen und der immer weiter fortschreitende Abbau von Schranken individuellen Verhaltens, die in solchen Bindungen ihren Ursprung hatten, sind in den frühen Phasen der Entwicklung der säkularen Kultur von vielen als Chancen individueller Freiheit und Emanzipation begrüßt worden. Wir haben diesen Prozeß der Pluralisierung der Welt auch als Protestanten gefördert und bejaht.

Verlust verbindlicher Sinnorientierung

Allerdings haben wir uns heute zunehmend mit den Schattenseiten der Entwicklung auseinandersetzen. Nachdem die Religion in ihrer Rolle als ethisches Fundament unseres Staates zunehmend in den Hintergrund tritt oder schon getreten ist, stellen wir in Ansätzen den Verlust verbindlicher Sinnorientierung des gesell-

schaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in unserem Lande fest. Diese Entwicklung geht einher mit und bedingt teilweise die Infragestellung verfassungsrechtlicher Prinzipien und Institutionen, wobei der Protestantismus hier stärker betroffen ist als der Katholizismus.

Der in den vergangenen Jahren in manchen innenpolitischen Auseinandersetzungen teilweise sichtbar gewordene Legitimitätsverlust der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen hat die stete Gefährdung einer freiheitlich-demokratischen Ordnung ins Bewußtsein gerufen. In Zeiten relativer innen- und außenpolitischer Stabilität unseres Staates haben diese Gefahren keine schwerwiegenden Konsequenzen. Aber eine solche Ordnung ist weniger belastbar in Krisenzeiten.

Gemeinsame Aufgaben

Darum sollten Politik und Kirche gemeinsam daran arbeiten, daß die innere Stabilität unserer demokratischen und kulturellen Ordnung gestärkt wird. Dazu wäre, wie es der Theologe Wolfhart Pannenberg gefordert hat, die Stärkung der in ihren religiösen Wurzeln begründeten Identität unserer Kultur der naheliegendste und am ehesten erfolgversprechende Weg. Auch der „verweltlichte“ Staat lebt letztlich aus jenen inneren Antrieben und Bindungskräften, die u. a. der religiöse Glaube seiner Bürger vermittelt. Dies freilich geschieht nicht mehr unter den Vorzeichen eines wiederbelebten „christlichen“ Staates: Vielmehr ist entscheidend, daß die Bürger den Staat, unsere Demokratie, als „Angebot und Aufgabe“ – so die Demokratie-Denkschrift – anerkennen.

»Die meisten Menschen sind nicht darauf bedacht, sich zu ändern, sondern nur zu beweisen, daß sie sich nicht zu ändern brauchen. Ändern sollen sich nur die anderen.«

ERICH FROMM

Union und Evangelische Kirche sollten demnach an die Ausgestaltung folgender Felder gemeinsam herangehen.

● *Fundament für den Dialog zwischen Kirche und Union sowie die Beantwortung der wichtigen Zukunftsaufgaben ist und bleibt die Abwehr der „Versuchung des Absoluten“ (Hagen Schulze) in Gesellschaft und Politik. Die protestantische Anthropologie rät uns zu einem nüchternen Realismus und Augenmaß. Das theologische Wissen von der menschlichen Unvollkommenheit ist unser Maßstab bei der Ablehnung politischer und religiöser Strömungen, die vollkommene Problemlösungen oder die Verwirklichung der Transzendenz im Diesseits versprechen.*

Die Modernität des Protestantismus heute liegt gerade in seiner Fähigkeit, Vernunft und Glaube miteinander zu verbinden und damit dem Menschen trotz fortschreitender Rationalisierung weitere Lebensbereiche eine Orientierungsgewißheit zu geben. Heinz Zahrnt hat kürzlich eindringlich auf die Notwendigkeit verwiesen, daß sich Vernunft und Glaube „gegenseitig die gebührende Achtung erweisen. Der Glaube muß auf die Vernunft achtgeben, daß sie weltlich und vernünftig bleibt, die Vernunft auf den Glaube, daß er nicht zum Aberglauben und Wahn wird.“ Für den Christen in seinem Glauben besagt dies, Gott um seiner selbst willen zu denken, den Gottesgedanken also nicht zu einer anthropologischen oder gesellschaftspolitischen Funktionsbestimmung degenerieren zu lassen.

● *Die Stärkung des politisch-gesellschaftlichen Grundkonsenses unseres Staates ist eine der zentralen Aufgaben für Union und Kirche. Hierbei können beide Seiten an die richtungweisenden Aussagen der Demokratie-Denkschrift anknüpfen. Union und Evangelische Kirche müssen daran mitwirken, daß die Religion in unserem Lande nicht abwandert zu den Gegenkräften des liberalen Verfassungsstaates und daß es zu keinem Bruch zwischen Evangelium und Kultur kommt. Als „bescheidenste Staatsform der Geschichte“ (Josef Isensee) bleibt die Demokratie in Deutschland auf die geistigen Beiträge der christlichen Kirchen angewiesen.*

● *Die EKD hat sich 1985 mit ihrer Demokratie-Denkschrift ausdrücklich zum Staat des Grundgesetzes bekannt. Angel-*

punkte sind hierbei nicht nur die Freiheit und die Würde der Person. Maßgeblich für die Ethik ist gleichrangig die Frage nach den Ordnungs- und Verfahrensformen eines demokratisch verfaßten und sowohl freiheitlich wie sozial ausgestalteten Gemeinwesens. Daher ist es nur konsequent, daß eine Bejahung der Demokratie aus Gründen der christlich-protestantischen Ethik auch eine positive Bewertung einer freiheitsgemäßen marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung nach sich zieht.

Es wäre deshalb an der Zeit, an die Ausgestaltung einer kirchlichen Denkschrift zur Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland heranzugehen und dabei gemeinsame Perspektiven zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Weiterentwicklung unseres Staates aufzuzeigen. Ähnlich wie die EKD mit der Demokratie-Denkschrift dem Bürger ein ethisches Rüstzeug für die eigenverantwortliche Teilhabe und Teilnahme in der Demokratie bereitet hat, ist sie gefordert, dies für die Stellung des Menschen in einer modernen Volkswirtschaft zu tun.

● *In den Fragen unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik bleiben Union und Kirche auf das Ziel der „Friedensdenkschrift“ der EKD, den „Frieden zu wahren, zu fördern und zu erneuern“, verpflichtet. Dabei ist zunächst festzuhalten, daß die Sicherheitspolitik der CDU/CSU einen wichtigen Beitrag zur gegenwärtigen Entwicklung in Osteuropa und zur Abrüstungs-Bereitschaft im Osten geleistet hat. Mit einseitigen Schuldzuweisungen und apodiktischen politischen Analysen – wie sie in einigen kirchlichen Kreisen immer wieder laut werden – können wir daher die großen politischen Herausforderungen der Zukunft nicht meistern.*

Demgegenüber hat die Erklärung des Ökumenischen Forums in Stuttgart von 1988 Möglichkeiten des Konsenses und des Kompromisses mit Andersdenkenden offengehalten. Auf dieser Grundlage können Kirche und Union einen konstruktiven Dialog über die Zukunft unserer Sicherheit und die deutsche Verantwortung in der Welt von heute und morgen weiterführen.

Mehr Hilfe für Drogenabhängige notwendig

Aufklärung und Therapie müssen im Mittelpunkt stehen

Hermann Gröhe

1989 stieg der Drogenkonsum in der Bundesrepublik Deutschland dramatisch an. Die Zahlen sind alarmierend. Starben 1988 an Überdosen 673 Menschen, so waren es bereits bis zum 31. August 1989 593 Drogentote. Ende 1989 waren es knapp 1000 gewesen. Unter den Drogentoten stieg der Anteil der unter 25jährigen seit 1988 von 22 % auf fast 30 %. Der Deutsche Caritasverband geht von 60 000 bis 80 000 Drogenabhängigen in der Bundesrepublik Deutschland aus.

Hinter diesen Zahlen verbergen sich die erschütternden Schicksale gerade junger Leute. Hat sie einmal die tödliche Droge im Griff, verlieren sie oft die Kontakte zur Familie, zu Freunden, Arbeitsplatz, geraten immer mehr in den Teufelskreis

von Kriminalität und Prostitution, erscheint vielen der „goldene Schuß“, der Selbstmord durch eine Überdosis, der einzige Ausweg. Ihrem Los muß die Politik mehr Aufmerksamkeit schenken. Die Hilfsanstrengungen für sie sind zu verstärken.

Fortsetzung von Seite 4

Wenn sich Union und Kirche über das Einende und Trennende in diesen vier Bereichen verständigen, dann können sich beide Seiten gemeinsam um so unbeschwerter für die Ausgestaltung unserer großen politischen Leitlinien auch in Osteuropa einsetzen und damit auf die Überwindung der europäischen und deutschen Teilung hinwirken. Das hat heute nichts mit „Bevormundung“ zu tun, sondern mit der tätigen Mithilfe beim Aufbau menschenwürdiger Lebensumstände für den nächsten.

Gerade die Evangelische Kirche, die sich nach dem Krieg immer auch als Sprachrohr für die Protestanten im östlichen Teil Deutschlands verstanden hat, will heute bei den gewaltigen Umbrüchen im Zentrum Europas nicht beiseite stehen. Dabei ist der Wille zur Freiheit und Demokratie die Grundlage für die Einheit Deutschlands. Wir müssen diesen Willen allerdings deutlich artikulieren und auf die Konsequenzen, die ein nochmaliger sozialistischer Versuch oder ein „dritter Weg“ für die DDR haben würden, hinweisen. Wenn die EKD in ihrer Denkschrift davon spricht, daß „nur eine demokratische Verfassung ... der Menschenwürde entsprechen“ kann und der demokratischen Verfassungsform eine grenzüberschreitende Wirkung und Anziehungskraft zu-

billigt, dann kann, ja muß sie die Christen in der DDR bei ihrer Suche nach staatlicher und wirtschaftlicher Orientierung mit konstruktiven Vorschlägen unterstützen. Dabei gilt es, auf den Zusammenhang zwischen politischer und wirtschaftlicher Freiheit hinzuweisen – sie sind die beiden Seiten einer Medaille. Zur Demokratie im politischen Bereich gehört auch ihr wirtschaftliches Pendant in Form einer sozialen Marktwirtschaft.

Weder eine Verzögerung der Demokraten noch nationale Alleingänge wären heute, angesichts der großen Herausforderungen und Aufgaben, die richtigen Wege, um die Zukunft für ein vereintes Deutschland in einem vereinten Europa zu gewinnen. Das Europa der Zukunft, auf der Basis einer stabilen Sicherheitsarchitektur, können die Europäer nur zusammen und auf dem Fundament ihrer politischen Werte gestalten. Dabei ist die Herausforderung der Freiheit zugleich eine Herausforderung an die Evangelische Kirche und die Union, einen gemeinsamen Kurs für Demokratie, Menschenrechte und Marktwirtschaft auf unserem Kontinent zu bestimmen.

Anm.:

Bundesminister Dr. Gerhard Stoltenberg ist Beauftragter des CDU-Präsidiums für die Kontakte zur Evangelischen Kirche.

Zwar hat sich die bisher vorherrschende Auffassung, langjährig Drogenabhängige hätten praktisch überhaupt keine Chance, frei zu werden, als unzutreffend erwiesen – Heilung ist auch nach langjähriger Abhängigkeit möglich –, so bleibt es dabei ganz entscheidend, an den Ursachen für den Drogenkonsum anzusetzen, vor dem Einstieg in die „Fixerkarriere“ zu helfen.

Zielle“ Beantwortung dieser Fragen weitgehend verzichtet. Gerade hier werden die Grenzen staatlicher Anstrengungen deutlich, gerade hier ist aber jeder einzelne, vor allem wir Christen, gefordert, das Gespräch auch über die persönliche Beantwortung dieser Fragen offen zu führen.

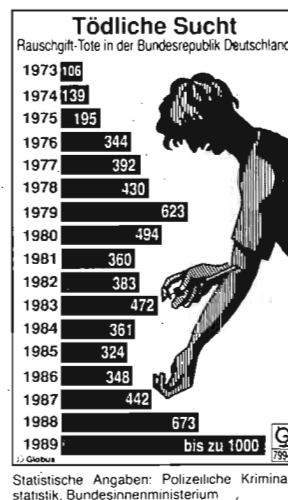
Offenheit und jugendgemäße Gestaltung der Maßnahmen

Ziel des Staates kann es nicht sein, den Wunsch nach Orientierung und Geborgenheit zu erfüllen. Seine Pflicht ist es aber, unterstützende politische Rahmenbedingungen – etwa durch eine Förderung der Jugendarbeit – zu gewährleisten sowie über offensichtliche Irrwege und Gefährdungen zu informieren. Deshalb kommt der Aufklärung über die oft tödlichen Gefahren, die von Drogen ausgehen, eine so wichtige Rolle zu. Haschisch, Heroin, Kokain, synthetische Drogen aber auch Tabletten und die sogenannten Schnüffelstoffe, dürfen nicht als Heilsbringer, als Retter aus dem Übel betrachtet werden.

Aufklärung darf sich aber nicht auf die Beschreibung der Gefahren von legalen und illegalen Rauschmitteln beschränken. Sie muß auch jene Problemfelder einbeziehen, die nach bisherigen Erfahrungen zum Drogenkonsum führen können. Offenheit ist dabei gefragt und eine jugendgemäße Gestaltung. Kinder, Jugendliche und Erwachsene sind ebenso anzusprechen wie Eltern, Lehrer, Erzieher und Jugendpfleger.

Hilfs- und Ausstiegsnetz „knüpfen“

Neben der vorbeugenden Aufklärung dürfen aber auch die heute schon Abhängigen nicht vergessen werden. Dies gilt gerade für jene, die aussteigen wollen, es aber alleine nicht schaffen. Sie bedürfen persönlicher Zuwendung vor allem von Eltern, Freunden und Nachbarn. Diese Arbeit darf nicht nur auf die bis an ihre körperlichen und seelischen Grenzen gehenden Drogenberater abge-



Vor dem Einstieg in die „Fixerkarriere“ helfen

Ursachenforschung

Die Ursachen sind vielfältig. Jugendliche fühlen sich den Erwartungen ihrer Umwelt nicht gewachsen, von den Eltern, Freunden, der Schule oder dem Beruf, auf der Suche nach einem geeigneten Beruf überfordert. Mancher erhofft sich, auch nach gesellschaftlichen und beruflichen Erfolgen, von Rauschmitteln eine Steigerung der eigenen Leistungsfähigkeit. Andere wachsen in zerrütteten Familien auf, erleben bereits in ihrer Kindheit körperliche und seelische Gewalt, wollen „erst einmal raus“ – und finden keine Bleibe.

Aber nach wie vor gilt auch: ganz normale Drogenabhängige kommen aus ganz normalen Familien. Jenseits materieller Nöte finden viele auf die Frage nach dem Sinn ihres Daseins keine befriedigenden Antworten in einer freiheitlichen Gesellschaft, die – zu Recht – auf die „offi-

schoben werden. Viele Drogenberater fühlen sich überfordert, weil die Beratungsstellen personell unterbesetzt und nicht mit entsprechenden Sachmitteln ausgestattet sind. Zudem reichen knapp 1000 Drogenberatungsstellen nicht aus, eine bedarfsgerechte und flächendeckende Arbeit in unserem Land sicherzustellen. Diesen Mißständen ist dringend abzuwehren.

Darüber hinaus bedarf es eines **engen Beratungs- und Behandlungsnetzes**, in dem neben Drogenberatern andere Sozialarbeiter, öffentliche Einrichtungen, Verbände und Selbsthilfegruppen gemeinsam ein umfassendes Hilfsangebot machen. Ein solches Hilfs- und Ausstiegsnetz zu knüpfen, erfordert enorme Anstrengungen, die eine humane Gesellschaft aber den Rauschgiftabhängigen nicht verweigern darf. Ein noch so dichtes Hilfsnetz für Rauschgiftabhängige bringt jedoch nichts, wenn die für den Ausstieg entscheidenden Therapieplätze fehlen. Das von allen Verantwortlichen vertretene Prinzip „**Therapie vor Strafe**“ wird zur leeren Parole, wenn nicht schnell die Zahl der Therapieplätze und des betreuenden Personals erhöht wird. Insbesondere sind neue Langzeittherapieeinrichtungen für drogenabhängige Mütter und Väter, in die Kinder einbezogen werden können, sowie Therapiegruppen für ältere Drogenabhängige notwendig.

Therapieplätze kosten sehr viel Geld. Dennoch darf eine Therapie nicht an Kostengründen scheitern. Auch **ambulante Therapien** bedürfen der besseren finanziellen Absicherung. Therapien von anerkannten Therapeuten sind von den jeweiligen Kostenträgern anzuerkennen und zu bezahlen. Nach Abschluß der Therapie ist in der Regel für eine Übergangszeit eine **Nachsorge erforderlich**. Auch dafür sind die notwendigen Einrichtungen zu schaffen.

Methadon – kein Allheilmittel

Umstritten ist, inwieweit Ersatzdrogen wie Methadon den Einstieg in den Ausstieg erleichtern können. Zunächst wird hier die Sucht nur verlagert. Ihre Ursachen werden nicht beseitigt. Daher kann dieser Weg

kein Allheilmittel sein. Andererseits kann Methadon den Weg aus der Beschaffungskriminalität in geregelte soziale Kontakte ebnen und so die Chancen für eine nachfolgende Therapie verbessern. Auch angesichts der bei Fixern aufgrund der gemeinsamen Nutzung von Spritzen hohen Gefahr der Ansteckung mit Aids sollte daher auf eng umgrenzte Programme mit Methadon nicht verzichtet werden. Eine erfolgreiche Therapie mit Ersatzstoffen setzt jedoch einen festen Wohnsitz voraus, der nicht mit anderen Drogenabhängigen geteilt werden darf. Sie muß von Ärzten durchgeführt werden.

Auf keinen Fall dürfen „weiche“ oder „harte“ Drogen legalisiert werden. Dies wäre die Kapitulation vor den Problemen, die der Sucht zugrunde liegen. Menschen würden einfach aufgegeben.

Ein besonderes Problem ist die Betreuung von Drogenabhängigen in den Haftanstalten. Heute können Gefangene in fast beliebiger Menge Drogen erhalten. Diesem unhaltbaren Zustand muß durch gezielte Kontrollen ein schnelles Ende bereitet werden. Viele junge Menschen verbüßen in Gefängnissen Freiheitsstrafen wegen des Drogenbesitzes, die vorhandenen Beratungs- und Behandlungsangebote von rauchmittelabhängigen inhaftierten Jugendlichen sind unzureichend. Neben neuen therapeutischen Angeboten in den Justizvollzugsanstalten müssen vermehrt Drogenberater die Möglichkeit erhalten, in den Anstalten Sprechstunden abzuhalten und entsprechende ambulante Therapien anzubieten.

In der gegenwärtigen Diskussion um die Drogenbekämpfung hierzulande steht der polizeiliche und strafrechtliche Aspekt meist im Mittelpunkt. Keine Frage, die unerbittliche Verfolgung der todbringenden Geschäftemacher ist für einen erfolgreichen Kampf gegen die Rauschmittel erforderlich, ebenso hohe Freiheitsstrafen und die Beschlagnahme von Vermögen aus dem Rauschgifthandel.

Doch wer glaubt, allein durch mehr Stellen für Polizei und Drogenfahnder sowie höhere

Strafen im Kampf gegen die Drogen gewinnen zu können, der täuscht sich. Mindestens genau so wichtig sind Aufklärung und Therapie. Der Kampf gegen Drogen ist auch ein Kampf für mehr Menschlichkeit in unserer Gesellschaft. Denn es geht um

Menschen, die unsere Hilfe brauchen. Wir sollten dazu bereit sein.

Ann.:

Hermann Gröhe ist neuer Bundesvorsitzender der Jungen Union seit November 1989.



- Was ist für Dich das größte Unglück? Gleichgültigkeit gegenüber dem Leid anderer, z. B. der Satten gegenüber dem Verhungern.
- Wo möchtest Du leben? In Deutschland – die Freiheit mit allen Deutschen teilend.
- Was ist für Dich das vollkommene irdische Glück? Das Miteinander mit den Menschen, die ich liebe.
- Welche Fehler entschuldigst Du am ehesten? Die, die aus Ungeduld geschehen, beim Einsatz für eine gute Sache.
- Deine liebsten Romanhelden? Thomas Buddenbrook
- Deine Lieblingsgestalt in der Geschichte? Hans und Sophie Scholl
- Deine Lieblingsheldinnen in der Wirklichkeit? Mütter in Kriegs- und Katastrophengebieten
- Deine Lieblingsheldinnen in der Dichtung? Antigone, Johanna von Orleans
- Deine Lieblingsmaler? Claude Monet, Edouard Manet
- Deine Lieblingskomponisten? Mozart, Andrew Lloyd Webber
- Welche Eigenschaften schätzt Du bei einem Mann am meisten? Lebensbejahung
- Welche Eigenschaften schätzt Du bei einer Frau am meisten? Lebensbejahung
- Deine Lieblingstugend? Offenheit
- Deine Lieblingsbeschäftigung? Lesen, Musik hören, tanzen
- Wer oder was hättest Du sein mögen? Ein Bürger Wiens zur Zeit Mozarts
- Dein Hauptcharakterzug? Der Wille zu gestalten
- Was schätzt Du bei Deinen Freunden am meisten? Treue
- Dein größter Fehler? Häufige Verstöße gegen das 3. Gebot
- Dein Traum vom Glück? Blick auf die Erde aus dem All
- Was wäre für Dich das größte Unglück? Unfreiheit und Krieg
- Was möchtest Du sein? Vorsitzender der Jungen Union Deutschlands
- Deine Lieblingsfarbe? blau
- Deine Lieblingsblume? Seerosen
- Dein Lieblingsvogel? Spatz
- Dein Lieblingsschriftsteller? Thomas Mann
- Dein Lieblingsdichter? Goethe, Ulrich Schacht
- Deine Helden in der Wirklichkeit? Die Bevölkerung von Leipzig
- Deine Heldinnen in der Geschichte? Heilige Elisabeth, Florence Nightingale
- Dein Lieblingsname? –
- Was verabscheust Du am meisten? Heuchelei
- Welche geschichtlichen Gestalten verachtest Du am meisten? Die Ärzte, die in Konzentrationslagern mit Menschen experimentierten.
- Welche militärischen Leistungen bewunderst Du am meisten? Aufstand im Warschauer Ghetto
- Welche Reform bewunderst Du am meisten? Das Wirken Martin Luthers
- Welche natürliche Gabe möchtest Du besitzen? Malen und Zeichnen können
- Wie möchtest Du sterben? Glaubend
- Deine gegenwärtige Geistesverfassung? Hoffnungsvoll
- Dein Motto? Hiob 19,25: Ich weiß, daß mein Erlöser lebt.

Wirkungsvolle Bekämpfung des Rauschgiftproblems

Eine der großen Herausforderungen der Gegenwart

Carl-Dieter Spranger

Die weltweite Verschärfung der Rauschgiftsituation wirkt sich auch in der Bundesrepublik Deutschland immer gefährlicher aus. Fast 9000 neue Verbraucher harter Drogen (1988: 7500) wurden 1989 durch die Polizei ermittelt! Und das, obwohl die Sicherheitsbehörden mit über 2 Tonnen sichergestellten Heroins und Kokains – gegenüber 1 Tonne 1988 – und wiederum 11 Tonnen Cannabis erfolgreicher waren denn je!

Die Überschwemmung des europäischen Marktes infolge des Preisverfalls in den USA hat zu einer hohen Verfügbarkeit von Rauschgiften mit außerordentlichem Reinheitsgrad bei niedrigen Preisen geführt. Durch diesen hohen Angebotsdruck wurde nicht nur die hohe Todesrate bei den Abhängigen mitverursacht, sondern auch die Nachfrage gefährlich belebt.

Die Zahl der Konsumenten harter Drogen bei uns wird auf 80 000–100 000 Personen geschätzt. Das hat nicht nur für die Abhängigen die körperliche, soziale und seelische Verelendung bis hin zum Tode zur Folge, das bringt auch unsägliches Leid über ihre Familien, Angehörigen und Freunde, von den volkswirtschaftlichen Schäden ganz zu schweigen. Es führt darüber hinaus zu einer immensen Beschaffungskriminalität, die außer hunderttausenden von Straftaten vor allem durch den eigenen Handel der Süchtigen mit Rauschgift immer neue Konsumenten gewinnt und in den Strudel der Abhängigkeit zieht.

Verstärkte Bekämpfung auf nationaler und internationaler Ebene

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung hat die Bundesregierung am 24. Oktober 1989 beschlossen unter Verstärkung und Fortentwicklung der bewährten Maßnahmen und Konzeptionen, unverzüglich einen **Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplan** im Einvernehmen mit den Behörden des Bundes und der Länder, den Gemeinden, den Kirchen, den Gewerkschaften, den Wohlfahrtsverbänden und karitativen Organisationen, den Vereinigungen der betroffenen Eltern sowie aller in der Jugendarbeit tätigen Organisationen zu entwickeln. Hierzu wird die Bundesregierung im

Juni 1990 zu einer „Nationalen Drogenkonferenz“ einladen. Ihre Vorbereitung und die Erarbeitung des Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplanes liegt bei einer interministeriellen Arbeitsgruppe unter der gemeinsamen Leitung des Bundesministers des Innern und der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.

Der Nationale Rauschgiftbekämpfungsplan wird die zukünftige Strategie in den fünf Kernbereichen der Drogenbekämpfung formulieren:

1. Im Zuge der Prävention ist unser Volk für das Drogenproblem zu sensibilisieren und zur Mitarbeit zu gewinnen. Nur eine **intensive Drogenprävention kann auf der Nachfrageseite ein Umdenken und eine nachhaltige Reduzierung des Drogenkonsums bewirken**. Der Drogenkonsum in allen seinen Formen muß geächtet werden.

Mehr als bisher sind die Medien und der gesamte Bereich von Erziehung und Bildung für diese Aufgabe in Anspruch zu nehmen. Hier sehe ich auch eine wichtige Aufgabe der Kirche, den Menschen bei der Vermittlung wirklicher Werte Orientierung zu geben. Jedweder Verharmlosung oder gar Verherrlichung des Rauschgiftmißbrauchs muß energisch entgegengetreten werden. Mit besonderem Nachdruck ist der Drogenmißbrauch als Element des Lebensstils bestimmter Kreise zu verurteilen.

Aus Verantwortung für unser Volk, insbesondere für unsere Jugend, darf der Staat den Zugriff auf Rauschgifte nicht erleichtern. Sonst ist mit einer explosionsartigen Ausbreitung der Rauschgiftsucht und einem drastischen Anstieg der Rauschgifttodesfälle zu rechnen.

Eine Drogenfreigabe wird von den in der Suchtarbeit engagierten Organisationen zu recht einhellig abgelehnt, weil das zu einer neuen Suchtwelle führen würde. Außerdem würde Deutschland bei einem Alleingang zum bevorzugten Ziel von Rauschgiftsüchtigen aus aller Welt. Dies ist nicht zu verantworten. Schon die Diskussion über die Freigabe von Drogen ist geeignet, die Sozialschädlichkeit des Drogenkonsums zu verharmlosen, die Hemmschwelle bei potentiellen Drogenkonsumenten herabzusetzen und unsere gesamte Prävention unglaubwürdig werden zu lassen.



Carl-Dieter Spranger, Parl. Staatssekretär, Medien und auch die Kirchen können zur Prävention ihren Teil beitragen.

2. Das rechtliche Instrumentarium zur Kontrolle von Chemikalien, die zur Rauschgiftherstellung geeignet sind, und für repressive Maßnahmen gegen Drogenhersteller und -händler sowie ihre Mittelsmänner muß erweitert werden. Die **Schlagkraft der Strafverfolgungsbehörden** auf diesem Gebiet ist durch personelle und organisatorische Maßnahmen weiter zu erhöhen. Ihre **internationale Orientierung soll über die Anpassung an den europäischen Binnenmarkt hinaus noch mehr Wirkung in den Hersteller- und Transitländern erhalten**.

Den Organisatoren des Drogenhandels müssen wir ihre Gewinne abnehmen und die Geldströme aufspüren und unterbinden, die auch unser Land berühren. Die Geldanlage der unermesslichen illegal erworbenen Barbeträge ist für die Drogen-

händler das größte Problem. Hier gilt es auch mit Hilfe der Banken anzusetzen.

Die Bundesregierung hat bereits das Gesetzgebungsverfahren zur Einführung einer Vermögensstrafe und zur Verbesserung der Verfallsvorschriften (Gewinnabschöpfung) eingeleitet. Wir müssen darüber hinaus einfachere Möglichkeiten der Vermögensbeschlagnahme schaffen und die Geldwäsche unter Strafe stellen. Entsprechende Initiativen sind in Vorbereitung.

3. Auch international sind in der Drogenbekämpfungspolitik verstärkte Aktivitäten erforderlich. Besonderer Wert ist dabei auf die Verringerung des Drogenangebots durch verstärkte Bekämpfung der Drogenkriminalität und durch **Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Ursachen des Drogenanbaus in den Erzeugerländern** zu legen. Vorrangig ist auf die zügige Umsetzung der Konventionen der Vereinten Nationen zur Rauschgiftbekämpfung hinzuwirken. Auf polizeilichem Sektor erfordert die Vorverlegung in die Anbau- und Produktionsländer eine noch engere Zusammenarbeit mit ständigem Erfahrungsaustausch, gegenseitiger Information, operativer Zusammenarbeit und Abstimmung der nationalen Drogenbekämpfungsprogramme. Zu diesem Zweck hat die Bundesregierung 28 Rauschgiftverbindungsbeamte des Bundeskriminalamtes in alle wichtigen Erzeuger- und Transitstaaten entsandt, weitere werden in Kürze folgen.

4. Die bereits Abhängigen brauchen unsere Unterstützung, um aus dem Teufelskreis der Sucht zu entkommen. Sie stellen das wesentliche Nachfragepotential dar, das den illegalen Rauschgiftmarkt immer von neuem belebt und die Quelle der unvorstellbaren Profite der Rauschgifthändlerorganisationen bildet. **Wir müssen alles daran setzen, daß diese Abhängigen konsequent zu dem festen eigenen Entschluß geleitet werden, wieder ein Leben in Selbstverantwortung und (Drogen-)Freiheit zu führen.**

Im therapeutisch-rehabilitativen Bereich sind dazu neben einem Ausbau vorhandener Therapieplätze Verbesserungen im ambulanten Sektor erforderlich, damit Wartezeiten verkürzt oder aufgehoben und weitere Therapieerfolge ermöglicht werden können.

5. Im Bereich der Forschung sind neue Schwerpunkte zu setzen. Vor allem gilt es, die Ursachen der Sucht, aber auch neue Therapie- und Stabilisierungskonzepte zu erschließen, um hier die Fortschritte unserer Zeit auch wirkungsvoll zur Lösung des Rauschgiftproblems zu

nutzen. Die Pharmaindustrie muß ihre Anstrengungen zur **Entwicklung von Entwöhnungsmedikamenten ohne eigenes Suchtpotential** verstärken. Dieser Rahmen zeigt, daß die präventive und repressive Rauschgiftbekämpfung noch längst nicht am Ende ist. Im Gegenteil,

sie wird durch eine Verstärkung und Bündelung auf nationaler und internationaler Ebene eine neue Dimension erreichen.

Anm.: Carl-Dieter Spranger ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern.

Ökologische Marktwirtschaft

Fragen nach Sozialsystem und Ökologie

Werner Steinjan

Ökologische Marktwirtschaft – gibt es das überhaupt? Marktwirtschaft ist ein System der automatischen Steuerung, des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage. Was ist da zu finden von einer „Lehre von den Beziehungen der Lebewesen zu ihrer Umwelt“ = Ökologie? Nun, der Begriff ist eine Kurzformel, nicht anders als „Soziale Marktwirtschaft“.

Marktwirtschaft ist weder sozial noch unsozial. Sie funktioniert oder, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen, auch nicht. Aber Soziale Marktwirtschaft ist zugleich von ihren Auswirkungen, vom Ergebnis her sozial. Sie ist die z. Zt. effizienteste aller Wirtschaftsordnungen. In Verbindung mit der industriellen Produktionsweise hat sie entscheidend dazu beigetragen, Not zu überwinden und Wohlstand für alle, nahezu alle, zu schaffen. Das ist eindeutig ein soziales Ergebnis. Dagegen hat der Sozialismus trotz der Verbindung mit der industriellen Produktion überall auf der Welt die Not eher vergrößert.

Ein gesellschaftlich verpflichtetes und geordnetes System

Unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem ist von der theoretischen Begründung und der bewußt politischen Umsetzung her ein gesellschaftlich geordnetes und auf gesellschaftliche Ziele hin „sozial verpflichtetes“ System (so Ludwig Erhard). Marktwirtschaft findet in einem sozial geordneten Rahmen statt – vom Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung bis zum Arbeits-

recht. Es ist deshalb eine Verleumdung, bestenfalls ein grobes Mißverständnis, die Soziale Marktwirtschaft als „Kapitalistische Wirtschaft“ zu bezeichnen und damit „Freibeutergesellschaft“ zu suggerieren. Das sollte man auch nicht im Bewußtsein der eigenen Stärke „lässig“ tun, weil wir uns das „leisten“ können. Gerade solche unterschwellige Diskriminierung spielt in der Diskussion um die künftige Gestaltung der DDR-Wirtschaft mit den zentralen Fragen nach Sozialsystem und Ökologie eine große Rolle. Wir sollten Falschmünzern keine Chance einräumen, auf von ihnen produzierte Pappkameraden zu schießen.

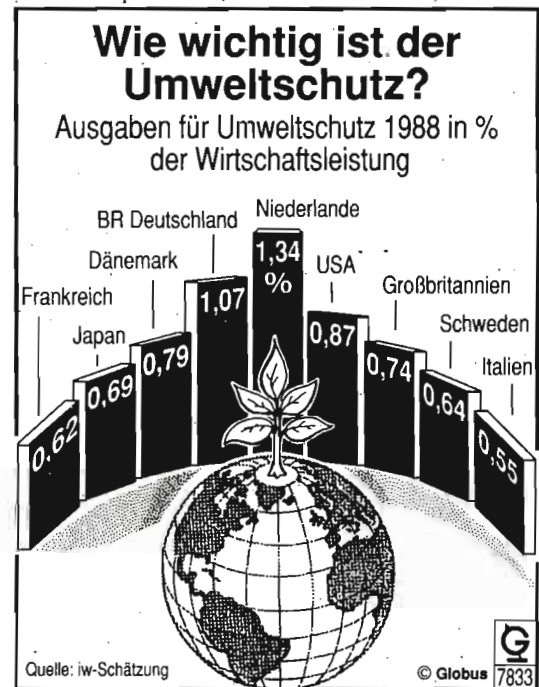
Vom Gedanken der gesellschaftlichen Verpflichtung her ist der Ansatz gegeben, nach der Bewältigung eines noch relativ jungen Problems zu fragen wie dem der Berücksichtigung der Umwelt. Im Unterschied zur sozialen Frage, die seit einem Jahrhundert im Gespräch ist, beansprucht die Umwelt die politische Aufmerksamkeit erst seit etwa 2 Jahrzehnten. Heißt nun die Berücksichtigung der Umwelt in der Wirtschaft unter dem Titel „Ökologische Marktwirtschaft“ einfach, dieselbe Aufgabe nur mit einem neuen Stoff zu wiederholen?

Vom Grundsatz her trifft das zu. Das „Soziale“ wird nicht vom Markt produziert. So ist soziale Gerechtigkeit nicht das Ergebnis des Marktes, was immer man unter Gerechtigkeit versteht. Politisch als notwendig verstandene Ziele ergeben sich nicht einfach aus dem Marktprozeß, weil das so beschlossen worden

ist. Der Markt steuert nur den Ausgleich von kaufkräftiger Nachfrage und konkurrenzfähigem Angebot. Soziale Probleme der Nachfrager wie der Anbieter drücken sich nicht im Marktpreis aus.

Umwelt als neue Anforderung

Die Berücksichtigung der Umwelt wäre danach lediglich das neue Thema, das in die gesell-



Gleiches gilt für andere politische Ziele. Der Einbau gesellschaftlicher Gesichtspunkte in das System muß von außen, in der Hauptsache durch die Politik geleistet werden. Müller-Armack, der Schöpfer des Begriffs Soziale Marktwirtschaft, sprach 1948 von den zwei großen sittlichen Zielen, von Freiheit und Gerechtigkeit, auf die hin die Marktwirtschaft als Überwindung der gescheiterten Lenkungs-wirtschaft gestaltet werden müsse. Sie sollte ein System sein, das auf freier Preisbildung und echtem Leistungswettbewerb beruhe und nach Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit gestaltet werden müsse.

schaftliche Verantwortung einzubeziehen ist. Danach geht es darum – wie beim Sozialen – ein Ergebnis zu erreichen, das sich nicht unmittelbar aus dem Marktprozeß, aus Angebot und Nachfrage ergibt. Das ziemlich scheußliche Fachwort „Externalitäten“ bezeichnet Güter, für die es zunächst keinen Markt gibt. Umwelt wird im Unterschied zu den am Markt gehandelten Gütern nicht von Menschen produziert. Sie ist da oder erneuert sich durch Prozesse, die der Mensch nicht oder nur am Rande beeinflusst. Luft, Wasser, Bodenschätze, Pflanzen, Tiere, sie sind das Ergebnis eines in Jahr-millions eingependelten Prozesses. In

diesen Prozeß greift der Mensch ein und bedient sich, ohne zu zahlen.

Umwelt ist zunächst ein freies Gut. So lange die Folgen gering sind, und das war über Jahrtausende so, bestand keine Notwendigkeit zur Steuerung der Eingriffe. Erst die wachsende Menschheit veränderte die Lage. Im Anfang war das nur regional bemerkbar. So war Südeuropa vor zweieinhalb Jahrtausenden noch dicht bewaldet. Immerhin wurde schon im 3. Jhd. v. Chr. in Griechenland vor den Folgen der Entwaldung gewarnt. Inzwischen sind nicht nur mit dem Karst irreparable Schäden entstanden. Wasser, in unseren regnerischen Breiten gelegentlich eher zu viel Segens, wird allmählich zum knappen Gut, jedenfalls als nutzbares Wasser. Und selbst atembare Luft ist inzwischen in einigen Gegenden gar nicht mehr so selbstverständlich.

Externalitäten werden knapp, aber sie sind damit noch nicht in einen Reglerprozeß eingebaut. Auch da, wo Kostendenken zu Hause ist, in der Wirtschaft, wird von sich aus niemand darauf verzichten, sich bei Gütern zum Nulltarif zu bedienen. Man muß das schon aus Wettbewerbsgründen tun; denn die Konkurrenz hat ja vielleicht keine Komplexe. Es bedarf schon der Wohlverhaltensverpflichtung ganzer Wirtschaftszweige und das möglichst EG- oder weltweit, um solche Verzicht zu erreichen. Und auf die Verzicht geht das auch nur, wenn alle relevanten Märkte erfaßt und kontrolliert und die Teilnehmer notfalls zum Wohlverhalten gezwungen werden können.

Ökologie gegen Ökonomie?

Wenn man sehr marktstark ist, kann man sich einiges leisten, auch an kostspieligem Wohlverhalten. Bei der Ökologie gilt hier Ähnliches wie im Sozialbereich. Die Bundesrepublik mit ihrer hohen Produktivität kann sich einen Sozial- und Arbeitsschutz-Standard erlauben, ökologische Ansprüche durchsetzen, die für schwache Volkswirtschaften tödlich wären. Der Standard kann vom Staat oder sozialen Gruppen, insbesondere den Tarifparteien, gestaltet werden. Dabei sind die Marktverhältnisse zu berücksichtigen; denn auch dem Starken ist nicht alles möglich. Die

politische Entscheidung muß also das Gewollte mit dem wirtschaftlich Möglichen verbinden. Ökologie und Ökonomie im Konflikt? Wenn die Gefährdung höher bewertet wird als Produktion, Beschäftigung und Verbrauch, muß die Produktion eingestellt werden. Das zu entscheiden, ist Sache der Politik.

„... Wir unterstützen den Ministerpräsidenten Hans Modrow, vor allem konsequente Schritte zu einer ökologisch orientierten sozialen Marktwirtschaft zu beschreiten.“

Zur Beschleunigung der zwingend notwendigen Wirtschaftsreform sind wir für Wirtschaftsvereinigung und Währungsunion zwischen beiden deutschen Staaten mit rascher Teilkonvertierbarkeit der Mark der DDR. Wir treten ein für das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten im Rahmen der europäischen Einheit und sind für die Herausbildung von Länderstrukturen in der DDR...“ (AP)

Wolfgang Berghofer

Damit ist zunächst geklärt: Die Sorge nicht weniger in der DDR, daß bei einem Zusammengehen mit der Bundesrepublik Deutschland Soziales und Ökologie einem ungehemmten „Kapitalismus“ zum Opfer fallen würden, ist unbegründet. Sie erklärt sich aus Unkenntnis oder verzerrter Information. Ein redlicher Vergleich der sozialen Verhältnisse wie der Umwelt zwischen den beiden Deutschland sollte diesen Irrtum schnell beenden. Das heißt nicht, daß wir hierzulande schon zufrieden sein könnten. Nicht zuletzt mit Rücksicht auf andere, die unsere Hilfe erwarten, müssen wir uns weiterhin um intelligentere, und damit sparsamere, die Umwelt schonende Produktionsmethoden und Verbrauchsgewohnheiten bemühen.

Wie soll das gesteuert werden, wer soll steuern? Am Anfang aller Umweltpolitik steht die Einsicht, daß sie nicht von Konsumpräferenzen gesteuert werden kann. Die Basisdemokratie des Marktes kann das nicht leisten. Umwelt als Externalität ist ein öffentliches Gut. Das heißt, die Politik muß herausfinden und entscheiden, was geschützt werden soll. Politik muß Produzenten und Verbrauchern zumuten, auf den Nulltarif zu verzichten und künftig Kosten zu tragen, ja sogar gelegentlich lieb gewordene Nutzung aufzugeben. Das läßt sich noch am ehesten vermitteln, wo die Schäden eines die Umwelt ignorierenden Verhaltens für jeden sichtbar sind: Kranke Wälder, Smog, schlechte Trinkwas-

ser. Aber es geht nicht nur um die Gegenwart. Umweltpolitik muß auch die Zukunft mit einschließen. Hier aber stehen die Interessen der gegenwärtigen gegen die von künftigen, noch stimmlosen Generationen einander entgegen.

Auf keinen Fall kann also auf

die Beteiligung der Politik und eines möglichst starken Staates verzichtet werden. Nicht zufällig ist deshalb Umweltpolitik zunächst als staatliche Ordnungspolitik entwickelt worden. Nach dem Verursacherprinzip werden demjenigen die Kosten auferlegt, der Schädigungen verursacht. Der Staat legt die technischen Grenzen für die Emissionen fest, verbietet Nutzung oder erlaubt sie nur in normierten Grenzen. Der Staat wiederum orientiert sich bei seinen Entscheidungen an den „anerkannten Regeln der Technik“. Damit zwingt Umweltpolitik zu Investitionen (Klärwerken, Rauchgasfiltern etc.) oder der Ausstattung von Produkten mit umweltschonenden Einrichtungen (Katalysatoren) oder zum Ersatz billigerer durch teurere Stoffe. Höhere Kosten gehen in die Preise ein und steuern letztlich damit auch das Verbraucherverhalten. Der Slogan „was nichts kostet, ist nichts wert“, wird umgedreht. Jetzt muß es heißen: „Was wertvoll ist, muß etwas kosten“. Kostendruck reduziert die Umweltbelastung auch gegen den Widerspruch der Betroffenen.

„Versöhnung von Ökologie und Ökonomie“?

Mit dem System von Verboten und Geboten bleibt die Frage der Zweckmäßigkeit Sache der Politik und der Verwaltung. Behörden entscheiden, was notwendig ist und damit auch über die ökonomische Wirkung. Der Markt als Platz des Methodenwettbewerbs kommt damit nur

am Rande vor. Und genau hier ist es Zeit zu fragen, ob und wie in ein System der Externalitätsteuerung marktwirtschaftliche Methoden eingebaut werden können und wie Ökonomisches zu berücksichtigen ist.

Im Wettbewerb um die besten Methoden

Es wird immer wieder gefordert, „Ökonomie und Ökologie miteinander zu versöhnen“, etwas schlichter: gegenseitig zu berücksichtigen. Das beginnt damit, daß nicht alles, was die Technik entwickelt, sofort durchgesetzt werden muß. Hier müssen Nutzen und Kosten gegenseitig abgewogen werden. Es geht letztlich um eine Zeitfrage. Jeweils den gerade neuesten Stand der Technik zu verlangen, heißt, den Unternehmen die notwendige Sicherheit bei ihren Investitionen zu nehmen. Wer eine neue Technik installiert, muß darauf vertrauen können, sie eine Zeitlang zu nutzen. Das ist selbstverständlich; denn Investitionen müssen ja auch wieder verdient werden.

Für Neuinvestitionen ist die Forderung nach dem jeweils neuesten Stand besonders problematisch, wenn damit erhebliche Kostensteigerungen verbunden sind. Das kann sich als Marktzugangssperre auswirken, solange der alte Standard aus den zuvor genannten Gründen zulässig bleibt. Im Ergebnis: Umweltpolitik darf nicht kurzatmig betrieben werden, wie das gelegentlich der Fall ist. Sie darf auch nicht durch eine Überfülle von Regelungen zu einer nicht mehr zu übersteigenden Barriere werden.

Ordnungspolitik marktkonformer gestalten

Die Kritik aus der Wirtschaft an der Umweltpolitik war in den Anfängen fast generell abwehrend. Das ist ein weithin überwundener Standpunkt. Die Unternehmen anerkennen heute eine die Umwelt schonende Politik als Notwendigkeit und neue Aufgabe der Wirtschaft. Die Defensive wird durch Vorwärtsstrategie abgelöst. Bei den Verbrauchern gewinnt umweltschonender Gebrauch an Boden, auch wenn das partiell sehr unterschiedlich ist.

Noch nicht ausreichend geklärt ist dagegen die Frage, mit

welcher Methode das politisch für notwendig Gehaltene umgesetzt werden soll. Es geht dabei nicht um ein Entweder-Oder zwischen staatlicher Ordnungspolitik und Marktsteuerung, sondern darum, wie marktwirtschaftliche Instrumente ergänzend in das Steuerungssystem eingebaut werden können. Diskutiert werden vor allem steuerliche Regelungen, wie die allerdings heftig umstrittene **Produktionssteuer**, aber auch Subventionierung fortschrittlicher Methoden wie z. B. die steuerliche Förderung beim Einbau eines Katalysators ins Auto. Vorge schlagen werden auch sogenannte **Kompensationslösungen**, die es erlauben, über die Norm hinausgehende Reinigungsleistungen des einen Betriebes gegen die Minderleistung eines anderen älteren Betriebes aufzurechnen. Das ergibt einen Ansporn, bei Neuauflagen über die bestehende Norm hinauszugehen.

Als ein marktwirtschaftlich besonders geeigneter Weg werden **Zertifikationslösungen** angesehen. Bei diesem System legt der Staat ein Gesamtkontingent unvermeidlicher Restverschmutzung fest. Er gibt Anteile aus, die danach auch am Markt handelbar sind, wenn der Inhaber infolge verbesserter Technik auf die Ausnutzung verzichten kann. Es wird also nur das Ergebnis festgelegt. Wie es zu erreichen ist, bleibt dem Unternehmen überlassen. Auch hier wie in allen anderen Fällen geht es freilich nicht ohne staatliche Bestimmung von Normen und Kontrolle ab. Aber der Markt erhält eine Chance.

Von solchen marktgerechteren Methoden erhofft man sich eine höhere Effizienz und eine die Wirtschaft entlastende geringere Regelungsdichte. Im Ganzen geht es darum, die im Grunde nicht ablösbare Ordnungspolitik marktkonformer zu gestalten. Der größeren Sachnähe und der Initiative der Unternehmen soll mehr Raum geschaffen werden. Der Methodenstreit ist im Gange. Das Ziel, eine auch ökologisch verantwortete und gestaltete Marktwirtschaft, aber eben eine Marktwirtschaft, sollte nicht umstritten sein.

Anm.:
Werner Steinjan, Ministerialdirigent a. D., hat bereits viele Aufsätze zu dem Thema „Soziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht.

Totale Demokratie oder Selbstbeschränkung der politischen Parteien

INTERVIEW

EV: Herr Prof. Bastian. Überall erleben wir gegenwärtig den Zusammenbruch der totalitären Systeme. Sie befürchten nun, daß die Demokratie in der Gefahr steht, totalitär zu werden. Warum?

Prof. Bastian: Augenscheinlich wird das meiner Meinung nach in der dramatischen Auswucherung des Artikels 21 im GG, dem sogenannten Parteienartikel. Dort heißt es, im Originaltext: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“

Wenn Sie aber von der Verfassungswirklichkeit ausgehen, müßte man eigentlich im Blick auf die Kompetenzen, die sich die Parteien zuschreiben, ganz anders formulieren, nämlich so: Die politischen Parteien diskutieren über die pränatale Situation des Menschen. Sie entscheiden über Geburten oder Abtreibungen. Sie organisieren bis ins kleinste die Familienverhältnisse. Sie politisieren in Kindergärten; Schulen; Universitäten und auf fast allen Berufsfeldern. Sie beeinflussen unsere Freizeitkultur. Sie bestimmen maßgeblich Entscheidungen in den wichtigsten Medien.

Parteilpolitiker sind es, die darüber verfügen, wieviel Fernsehkanäle ich benutzen darf. Parteilpolitiker moralisieren die Gesellschaft, indem sie sortieren, wer zu den Besserverdienenden zählt oder zu den Zu-Kurz-Gekommenen. Schließlich sind die Probleme des Lebensabends auch noch unter die Kompetenz von parteipolitischen Entscheidungen gestellt. Nehmen Sie die Rentenfragen beispielsweise, oder die Altersfürsorge bis hin zum Sterbegeld.

EV: Befürworten Sie statt dessen mehr Mitbestimmung der Wähler in Form einer Basisdemokratie?

Prof. Bastian: Bestimmt nicht. Ich befürworte eine Privatisierung des Lebenslaufes,

eine starke Begrenzung der Politisierung und der parteipolitischen Kompetenz in den wichtigsten Lebensfeldern, beginnend bei der Familie über die Institutionen der Bildung und Ausbildung und in anderen wichtigen Bereichen des Erwachsenenlebens.

EV: Wie kann das konkret aussehen? Nehmen wir einmal den Bereich, der Ihnen als Religionspädagoge am nächsten liegt, die Schule. Heißt das, daß Rektoren und Lehrer wieder autonom ihre Schulen regieren und über Bildungsinhalte bestimmen sollen?

Prof. Bastian: Ich meine, daß in jedem Fall die parteipolitischen Interessen aus den Bildungseinrichtungen ferngehalten werden sollten. Musterbeispiel: Ich bewerte es als einen Skandal, daß nach einer Landtagswahl die jeweils siegreiche Partei sich das gesamte Bildungswesen zur Beute macht und ihren parteilichen Interessen unterwirft. Oder wie es zur Zeit im Bundesland Berlin geschieht, wo die Schulsenatorin sich das kulturpolitische Ziel setzt, die Lehrer anzuweisen, sprachliche und orthographische Fehler in Schülerarbeiten nicht mehr zu benoten. Die Schule gehört in die Hände von pädagogischen Kompetenzen und nicht in die Netze von Ideologien.

EV: Sie glauben also an die Kompetenz von Lehrern und Eltern?

Prof. Bastian: Ja, ich glaube in der Schule an die Kompetenz von verantwortlichen Pädagogen, und mein Wunsch wäre, so wie das Krankenhaus in seinem inneren Leben getragen wird von der Kompetenz der Medizin und der Verantwortung von Ärzten, so müßte die Schule gestaltet werden von der Kompetenz der Pädagogik und der Verantwortung von Lehrern und Erziehern.

EV: Der Begriff der Kompetenz ist aber heute sehr inflationär. Fast jeder beansprucht für sich, in Bildungsfragen kompetent zu sein. Besonders Pädagogen mit radikalem rechten oder linken Einschlag verstehen es, ihre Ziele durchzusetzen unter dem Vorwand eines kindgerechten Lernens...



Dieses Interview führte Christoph Mezger mit dem Bonner evangelischen Religionspädagogen Prof. Dr. Hans-Dieter Bastian aus Anlaß seines 60. Geburtstages.

Prof. Bastian: Die Politisierung aller Lebensfelder in das primitive links-rechts Schema ist ja bereits schon die Pathologie. Ich bezweifle, daß normale, nicht demagogisch verführte Eltern sich ohne Not in ein solches Primitivschema zwingen lassen, wenn es um das Schicksal ihrer Kinder geht. Rechtlich wäre das von mir skizzierte Konzept durchaus realisierbar, wenn man, wie Juristen vorgeschlagen haben, den Schulen den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts einräumen würde.

EV: Bedeutet das das „Aus“ für Schulen in kirchlicher Trägerschaft?

Prof. Bastian: Im Gegenteil. Im berühmten westfälischen Frieden von 1648 ist die Schule als ein Annex der Religion definiert, also letztlich als Anhängsel der Kirche. Die Tat-

sache, daß in der späteren Entwicklung die Schulen von den Konfessionskirchen weitgehend gelöst worden sind, hat dazu geführt, daß sie, bis auf wenige konfessionelle Privatschulen, zu Anhängseln des Staates und heute des Parteienstaates geworden sind.

Was notwendig wäre, ist die Lösung der Schulen von falschen Vormündern und ihre **Hinführung zur pädagogischen Freiheit**, und zwar einer pädagogischen Freiheit von allen Fremdbestimmungen. Im übrigen ist die parteipolitische Konfessionsschule viel unfreier, als es die kirchliche je war.

EV: Ganz ohne Fremdbestimmung wird es aber sicher nicht gehen. Schließlich gibt es genügend sozialrelevante Felder, z. B. die Gewährleistung einer Chancengerechtigkeit in der Ausbildung, in denen der Sozialstaat seine Unterstützung geben muß.

Prof. Bastian: „Sozial“. Genau das ist die Zauberformel, mit deren Hilfe Sie mühelos jeden Gesellschaftsbereich dem Zugriff einer Parteipolitik unterwerfen können. Wenn es gelingt, irgendeine Unzufriedenheit in einem x-beliebigen Gesellschaftsbereich mit dem Bedürfnis des Sozialen zu etikettieren, so ist im selben Augenblick die Politisierung des Problems garantiert und die Unterwerfung unter eine parteipolitische Vormundschaft sichergestellt.

Bedenken Sie einmal, welche Stationen im Lebenslauf eines Menschen von der Geburt über sein Berufsleben bis zum Greisenalter mit dem Etikett des Sozialen heute versehen werden. Wenn es jemandem gelänge, das Kosmetikbedürfnis der Damen als „sozial“ zu etikettieren, dann wäre nach meiner Schätzung in nur wenigen Jahren die Lieferung von Chanel Nr. 5 auf Krankenschein möglich. Verstehen Sie, was ich meine? Diese Ausuferung der sogenannten Sozialbedürfnisse ist eine Erscheinung, die in vollständiger Blindheit von vielen Organisationen und Institutionen, vorab von den Gewerkschaften, einigen politischen Parteien, aber leider auch von den Kirchen betrieben wird.

EV: Eine Sache für sozial bedeutsam zu erklären heißt demnach, daß sie der Sachkompetenz entzogen und den parteilichen Interessenlagen dienstbar gemacht wird?

Prof. Bastian: Nicht nur das. Meine Sorge ist, daß ein als „sozial“ etikettierter Bereich, der damit der Parteipolitik unterworfen wird, zugleich ein Bereich geworden ist, in dem der Freiheits- und Selbstbestimmungsprozeß des Staatsbürgers beendet oder unerträglich eingeeignet wird. Die Zauberformel „Sozial“ wirkt in der unbeschränkten Tendenz totalitär. Wo „das Soziale“ eine Art Gesellschaftsreligion, ein moderner Religionsersatz geworden ist, also alle Gruppen-Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Medien – nur noch im Chor singen, ohne zu prüfen, dort ist die Grenze zum Totalen bereits überschritten.

EV: Wer soll aber die Freiheit garantieren, wenn nicht die demokratischen Parteien?

Prof. Bastian: Freiheit ist ohne Risiko nicht zu haben. Freiheit ist ja nicht, wie Rousseau und seine heutigen Schüler meinen, eine menschliche Naturbegabung, sondern gilt eher als ein Kunstprodukt der politischen Verfassung und damit auch der geltenden politischen Kultur. Eine notwendige Voraussetzung echter Freiheitserfahrung in unserer Gesellschaft wäre gerade die Selbstbeschränkung der politischen Parteien auf ihre Gewährleistungsfunktion nach Artikel 21 GG. Statt dessen laufen wir auf eine unbeschränkte Demokratie zu, die selbst dann, wenn viele es nicht sehen oder sehen wollen, langsam aber sicher Kurs auf ein totalitäres System nehmen könnte.

EV: Warum totalitär?

Prof. Bastian: Lassen Sie mich mit einem Zitat des Wirtschaftswissenschaftlers Friedrich August von Hayek antworten. Er sagt an einer Stelle: „Wir haben unter dem falschen Namen der Demokratie eine Maschinerie geschaffen, in der nicht die Mehrheit entscheidet, sondern in der jedes Mitglied der Mehrheit zu vielen Beste-

chungen seine Zustimmung zu geben hat, um die Mehrheitsunterstützung für seine eigenen Sonderwünsche zu erlangen.“ Dieser einfache kleine Satz, meine ich, beantwortet sehr deutlich, warum eine nicht klar begrenzte und beschränkte Demokratie in der Gefahr steht, auf Dauer in das Totalitäre umzukippen.

EV: Was ist zu tun, um das zu verhindern?

Prof. Bastian: Im evangelischen Staatslexikon ist Politik definiert als „Führung von Gemeinwesen auf der Grundlage von Machtbesitz“. Jeder Sozialbereich, der politisiert wird, wird folgerichtig dem Streit um

die Macht und dem Prozeß der Machtausübung unterworfen. Und genau dem ist dann zu widerstehen, wenn die Mitwirkung der Parteien bei der politischen Willensbildung zu einem allzuständigen, unbeschränkten Wirkungsmonopol entartet. Ich meine, daß es in einer freiheitlichen Demokratie nicht nur eine Freiheit in der Politik geben muß, sondern auch viele Freiheiten von der Politik. Und diese Freiheit von der Politik ist zum Beispiel für die Familien, für Schulen und für Bildungseinrichtungen exemplarisch zu fordern.

Ann.:

Auf Reaktionen unserer Leser auf die ungewöhnlichen und teilweise provozierenden Thesen von Prof. Bastian sind wir gespannt.

Buchbesprechung

Walter Künneth: Wider den Strom: „Christsein in der Begegnung mit dem Zeitgeist, eine biblisch-theologische Studie“. R. Brockhaus Verlag, Wuppertal/Zürich 1989.

Walter Künneth ist sich treu geblieben, von seiner Auseinandersetzung mit dem „Mythos“ eines Alfred Rosenberg unseeligen Andenkens – wer weiß heute noch davon? – bis zu seiner jüngsten Schrift „Wider den Strom“. Es ist schon eindrucksvoll, wie er „in der Begegnung mit dem Zeitgeist“ heiße Eisen aufgreift und sich mit all den Fragen auseinandersetzt, die sich heute so mancher evangelische Christ angesichts der Verhältnisse in Kirche und Staat stellt. Es geht Künneth dabei nicht um ein liebloses Abschmettern von als falsch erkannten Meinungen und Strömungen, sondern um deren Überprüfung von der Grundlage der biblischen Botschaft aus; es handelt sich ja auch um „eine biblisch-theologische Studie“.

Von der biblischen Grundlage aus stellt Künneth seine Fragen gerade an die, die gewohnt sind, alles in Frage zu stellen: Ist das Schuldverständnis, wie es etwa im „Historikerstreit“ im Mittelpunkt der Polemik eines Habermas stand, biblisch begründbar? Was wird in der prinzipiellen

Ablehnung von Staatsgewalt und Rüstung, wie es in kirchlichen Kreisen verbreitet ist, wirklich sichtbar? Und schließlich: Ist die heute bisweilen verkündete „Befreiungstheologie“ überhaupt noch Theologie und zeigt sich im Projekt einer Weltversammlung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung nicht vielleicht eine neue Form einer Hybris, wie sie eben jenem Zeitgeist entspricht, wider den Künneth angeht?

Das alles wird in einem schmalen Bändchen auf knapp 150 Seiten gut verständlich, ja in lebendiger, spannender Sprache nicht nur angesprochen, sondern entfaltet. Man kann die Lektüre nur empfehlen!

Eine kritische Frage sei gestattet: Kann man wirklich eine falsche, dem Zeitgeist verfallende Vergegenwärtigung des Heilshandelns Gottes so stringent auf den theologischen Ansatz Rudolf Bultmanns zurückführen, wie das Künneth tut? Es gibt zu viele evangelische Theologen – der Rezensent rechnet sich selbst dazu –, die Bultmann für den eigenen Zugang zur Botschaft des NT viel verdanken und doch mit W. Künneth „in der Begegnung mit dem Zeitgeist“ „wider den Strom“ ihr Christsein zu bewähren versuchen. **Albrecht Martin**

Bücher

Manfred Spieker, Flucht aus dem Alltag?, Arbeit, Wirtschaft und Technik in den Schulbüchern des katholischen und evangelischen Religionsunterrichts. 416 Seiten. ISBN-Nr. 3-602-14251-5, Deutscher Instituts Verlag, Köln

Wie Religionsbücher die alltäglichen Lebensbereiche Arbeit, Wirtschaft und Technik darstellen und behandeln, ob gut oder schlecht, gemäß der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik oder abweichend davon, kompetent oder inkompetent, das hat Manfred Spieker in seinem Buch „Flucht aus dem Alltag?“ umfassend und detailliert untersucht.

Ermutigen die Religionsbücher den Schüler, das Evangelium in dieser Welt zu leben und sich in der Gesellschaft zu engagieren? Oder begünstigen sie eher eine Abwendung und Flucht aus dem Alltag? Diese Fragen werden nicht aus religionspädagogischer Perspektive beantwortet, sondern aus inhaltlicher. Herausgekommen ist dabei nicht etwa die x-te Auflage satzsaftig bekannter Schulbuchschelten, sondern eine genaue Inhaltsanalyse. Lob und Tadel werden in erster Linie an einzelnen Beiträgen und nicht an den Büchern selbst festgemacht. Verleger, Schulbuchautoren, Religionslehrer und andere Interessierte können aus dieser differenzierten Untersuchung großen Nutzen ziehen.

Zeugen des Jahrhunderts: Gerhard Schröder im Gespräch mit Meinold Krauss, J. F. Steinkopf Verlag, Stuttgart. 84 Seiten, kart.

Unter den Politikern der Bundesrepublik Deutschland gehörte Gerhard Schröder in die erste Reihe. Die Klarheit seines eigenen Standpunkts und der Respekt vor dem Standpunkt des politisch Andersdenkenden haben seine 31jährige Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag, seine 16 Ministerjahre sowie seine Tätigkeit als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses gekennzeichnet. Er war der erste prominente deutsche Politiker, der 1972 nach China reiste

und mit Tschou En-lai deutsche diplomatische Beziehungen vorbereitete. Gerhard Schröder begann die Ostpolitik. Er sorgte mit Nachdruck für bessere Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und wollte dazu helfen, Brücken zur Überwindung der Spaltung Europas zu bauen.

Leserbrief

Betr.: „Zum Frankfurter Soldatenurteil“

„Evangelische Verantwortung“, Nr. 12/89

Zunächst einmal dürfte man der Formulierung, daß jeder Soldat ein möglicher (potentieller) Mörder ist, zustimmen, man muß darüber hinaus aber auch sagen, daß jedermann/frau auch zum Mörder werden kann, z. B. auch bei Zustimmung zu einer Abtreibung!

Es mag schockierend klingen, gerade bei uns „Germanen“, wenn der Ausspruch des Frankfurter Arztes dazu angetan ist, gegen den „Schutz der Menschenwürde“ eines Soldaten zu sprechen.

Man sollte aber auch Einschränkungen hinnehmen können. Christus hatte geboten, das Böse mit Gutem zu überwinden – auch eine Aussage, die als Beleidigung klingen könnte!

Die „Aufgabenstellung“ jedes Heeres dieser Welt gilt sich zu verteidigen, mit welchen Waffen auch immer dies geschieht und welche Wirkungen diese Waffen auch haben mögen. Dies bedeutet dann wohl auch nicht „die Linke hinzuhalten, wenn auf die rechte Backe geschlagen wurde“?!

In der Ausbildung des Soldaten wird, wie auch in jeder sportlichen Verteidigungsart (Karate, Judo usw.) auf eine Unschädlichmachung des Gegners abgezielt, die letzten Endes in dessen Tod enden kann!...

F. K. Weyell,
Wiesennühle
bei 6501 Nieder-Olm.

Kurz notiert

Blüm in DDR-Gottesdienst: Freiheit von niemandem streitig machen lassen

Eisenach/Weimar – Die Freiheit, die Gott dem Menschen geschenkt hat, läßt sich der Christ von niemandem streitig machen. Dies erklärte der Vorsitzende der CDU in Nordrhein-Westfalen, Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm**, in einem Gottesdienst in Weimar. Blüm erinnerte daran, daß Gott dem Menschen auch die Würde gegeben habe, die sich nun in der DDR ohne Fremdbestimmung entfalten könne. In Weimar setzte sich der CDU-Landesvorsitzende unter anderem mit Fragen der deutsch-deutschen Wirtschaft sowie des „europäischen Hauses“ auseinander. Für zwei Tage war der Landesvorstand der nordrhein-westfälischen CDU in die DDR gereist. Zu Gast war unter anderem der Generalsekretär der Ost-CDU, Oberkirchenrat **Martin Kirchner** (Eisenach). Der stellvertretende Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, **Peter Hintze**, nahm als Vertreter Blüms an der Gründungsversammlung des Demokratischen Aufbruchs für Thüringen teil. Hintze ist Bundesbeauftragter für den Zivildienst und für den Bundesvorsitz des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU nominiert. Den Auftakt des DDR-Besuchs der nordrhein-westfälischen CDU bildete ein Besuch der Wartburg in Eisenach. (aus: idea)

„Drogenabhängigkeit nicht nur Problem der Betroffenen“

Stuttgart. Eine Bewußtseinsveränderung über die Drogenproblematik hat der Leiter der Hauptabteilung Sozial- und Jugendhilfe im Diakonischen Werk der evangelischen Kirche, **Walter Specht**, als dringend notwendig bezeichnet. Drogenabhängigkeit sei nicht allein das Problem der im engen Sinn Betroffenen, so der Jugendhilfeexperte im „Diakonie Report“ des kirchlichen Dachverbands. Zentraler Ausgangspunkt der Überlegungen müsse die Frage werden, warum es in der Bevölkerung eine offensichtlich hohe Bereitschaft zum Drogenkonsum gebe. Nötig sei das Überwinden von Ängsten und Vorurteilen und das Vermeiden von Ausgrenzungen.

Specht tritt dafür ein, daß Einrichtungen der Jugendhilfe und der Suchtkrankenhilfe zusammenwirken. An den Stellen, wo soziale Bindungen brüchig würden und wo die Drogenabhängigkeit entstehe, müßten „offensive“ Jugendhilfe- und Gemeinwesenangebote aufgebaut werden. Drogenarbeit dürfe nicht erst dann einsetzen, wenn soziale Ausgrenzungsprozesse bereits weit fortgeschritten seien und nur noch hochspezialisierte Drogenexperten helfen könnten. Beim Blick auf das derzeitige Hilffssystem der Beratung und Therapie ist nach Ansicht Spechts auffällig, daß „zu wenig und häufig zu spät Drogen gefährdete und Drogenabhängige erreicht werden“. Auch die Kirchengemeinden sind nach Meinung Spechts in der Lage, im Bereich der Vorbeugung tätig zu werden, wenn sie dazu durch hauptberufliche Mitarbeiter angeleitet würden. (aus: epd)

Ausbau der Beziehungen beschlossen

Auf Einladung des CDU-Bezirksverbandes Nordbaden informierten sich Mitglieder des Bezirksverbandes der CDU Halle (DDR) vom 12. bis 14. Januar 1990 über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Baden-Württemberg. Bei dieser Informationsreise lernten die Gäste aus der DDR vor allem die regionalen und lokalen Strukturen in Nordbaden kennen. Dem Erfahrungsaustausch über Fragen der Parteilarbeit kam besondere Bedeutung zu. Ausführliche Gespräche mit Kommunalpolitikern, Vertretern des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestags, des baden-württembergischen Landtags sowie einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern, welche die Entwicklung in der DDR mit Sympathie, Hilfsbereitschaft und großem Interesse begleiten, fanden statt.

Die Bezirksvorsitzenden der CDU Halle, Michael Heineemann, und der CDU-Nordbaden, Minister Gerhard Weiser, unterzeichneten zum Abschluß der Beratungen eine Karlsruher Erklärung.

Aus unserer Arbeit

In Erinnerung an Gerhard Schröder

Am späten Abend des letzten Tages des Jahres 1989 ist Dr. Gerhard Schröder im Alter von 79 Jahren von uns gegangen. Der Tod ist überraschend gekommen, hatte Dr. Schröder doch zusammen mit seiner Gemahlin noch am 18. Dezember am Bonner Theologischen Gespräch des EAK im Konrad-Adenauer-Haus teilgenommen und sich auch engagiert in die Aussprache eingeschaltet. Bis in die letzten Wochen hatte Dr. Schröder sich mit Aufgaben und Zukunft des Evangelischen Arbeitskreises beschäftigt. Seinen Rat werden wir sehr vermissen.

Gerhard Schröder hat von 1955–1978 den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU geleitet und seine Arbeit entscheidend geprägt. Die von ihm geleiteten großen Bundestagen waren Foren der

stigen Auseinandersetzung und der grundsätzlichen Aufarbeitung aktueller politischer Entscheidungen. Jedem, der es miterlebt hat, werden Gerhard Schröders große Reden unvergessen bleiben, mit denen er die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit auf ein von ihm als wichtig erkanntes und deshalb aufgegriffenes Problem – und damit auch auf die Arbeit des EAK lenkte.

Beeindruckend waren immer seine Fähigkeit zu klarer Analyse der Problematik und die von gleicher Sachkenntnis bestimmten, besonnen und vorsichtig formulierten und doch zugleich weit in die Zukunft greifenden Lösungsvorschläge. Daß Gerhard Schröder seine politischen Vorschläge immer wieder im EAK vortrug und sich der Diskussion stellte, hatte etwas zu tun mit seinem Verständnis von der Verantwortung des evangelischen Christen in politischer Verantwortung. So wie er sich im Bundestag in sparsamen, aber immer gewichtigen Reden der parlamentarischen Kontrolle stellte, wie er in den Organen der CDU an der politischen Entscheidung seiner Partei mitwirkte, so überprüfte er seine Einsichten und Vorstellungen im Gespräch mit evangelischen und katholischen Mithristen auf ihre ethischen Grundlagen. Daran hat Gerhard Schröder nie einen Zweifel gelassen, daß nach seiner Überzeugung der Christ Rechenschaft zu geben habe auch für sein politisches Handeln, Rechenschaft vor Gott.



Albrecht Martin begrüßt den früheren Bundesminister Dr. Gerhard Schröder (gest. am 31. 12. 1989)

Das war für Gerhard Schröder selbstverständlich, und gerade darum hat er selten oder nie darüber gesprochen. Ich kann mich nicht daran erinnern, von ihm ein persönliches Bekenntnis öffentlich gehört zu haben. Es lag ihm nicht, den Namen Gottes im Munde zu führen. Gleichwohl haben alle Redner bei dem Staatsakt in Bonn, die Bundestagspräsidentin, der Bundeskanzler und Bischof D. Kunst, von der Verwurzelung Gerhard Schröders im evangelischen Glauben gesprochen; wahre Frömmigkeit lebt nicht vor den Leuten, sondern bewährt sich im Handeln und Reden vor Gott. Danach hat Gerhard Schröder gelebt.

Für unseren Staat wie für die evangelische Kirche, ebenso wie für die Unionsparteien war es ein ausgesprochenes Glück, daß in diesen entscheidenden Jahren ein Mann an verantwortlicher Stelle wirkte, dessen Kompetenz unbestritten war und der ebenso unbestritten in seiner Kirche als Gesprächspartner anerkannt war. Das war um so wichtiger, als die Frage im Mittelpunkt der innerkirchlichen Diskussion stand, wie die Nachfolge Jesu sich in der praktischen Politik auswirken müsse. War, um eine Formulierung aus den letzten Jahren aufzugreifen, die Verweigerung des Wehrdienstes das deutlichere Zeichen der Nachfolge? War für den Christen die Konzeption der Abschreckung aus Glaubensgründen wirklich verboten, ja, stand nicht schon die Gründung der Bundesrepublik unter dem Vorbehalt mancher evangelischer Christen gerade aus Glaubensgründen? Kein evangelischer Christ in politischer Verantwortung kann sich diesen Fragen entziehen, und Gerhard Schröder hat sich ihnen mit Entschiedenheit gestellt und die Diskussion dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU aufgetragen.

Wir werden uns im EAK immer an der Leistung unseres langjährigen Vorsitzenden und Ehrenvorsitzenden messen lassen müssen.

Wir werden Gerhard Schröder nie vergessen.

Albrecht Martin



v. l.: Prof. Otto Böcher, Albrecht Martin

Weihnachten und wir

Bonn. „Die christliche Weihnachtsbotschaft ist mehr als eine überlieferte und abgeschlossene Geschichte.“ Kurz vor Weihnachten hatte der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Staatsminister a. D. Albrecht Martin, zum 13. „Bonner Theologischen Gespräch“ eingeladen.

Prof. Dr. Dr. Otto Böcher, Universität Mainz, führte unter der Überschrift „Weihnachten und wir“ u. a. aus, daß die Liebe Gottes zu uns, die sich in der Sendung seines Sohnes erwiesen hat, uns zur Liebe des Nächsten verpflichtet. Diese manifestiere sich nicht nur im sozialen Engagement, sondern auch in Wort und Bekenntnis, d. h. in der Verbreitung der Maßstäbe Jesu und im Kampf gegen Menschenvergezung.

Diskussion zur Situation der Aus- und Übersiedler

Bonn-Bad Godesberg: Über die Integration von Aus- und Übersiedlern, die in großer Zahl in die Bundesrepublik kommen, diskutierten Politiker und Wirtschaftswissenschaftler bei einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises.

Der Raum in der Karl-Arnold-Bildungsstätte war gut besetzt, als **Bernhard Dittrich**, Leiter des katholischen Lagerdienstes in Unna-Massen, die moralischen Aspekte des Themenkomplexes aufgriff. Neben langen Wartezeiten für Aussiedler in sogenannten Vorschalt-, Zwischen- und Übergangslagern sowie organisatorischen Schwierigkeiten der Behörden, die Aussiedler auf die einzelnen Städte zu verteilen, kritisierte der Praktiker die Unterscheidung von Aus- und Übersiedlern generell.

„Deutsche sind sie alle, es darf keine Drei-Klassen-Gesell-

Aussiedler wie ein Konjunkturprogramm im Umfang von 100 Milliarden Mark wirken“ würde. Übersiedler, so Fuest weiter, bestärkten den Trend noch, da sie durch die fehlende Sprachbarriere leichter zu integrieren seien.

Neue Informationsschrift erschienen

Karlsruhe. „Die Theologische Initiativgruppe zum Konziliaren Prozeß“ im EAK-Landesverband Baden hat unter Leitung von **Dr. Wolfgang Böhme** eine 5seitige Problemskizze ausgearbeitet und der Öffentlichkeit übergeben.

Die Schrift mit dem Titel „Stuttgart-Basel-Seoul: Problemskizze zum Konziliaren Prozeß Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ kann bei **Dr. W. Böhme**, Klau- rechtstraße, 7500 Karlsruhe, bezogen werden.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU

9. Schloß-Burger-Gespräch

16. März 1990, 18.00 Uhr

Schloß Burg, Rittersaal

5650 Solingen-Burg

„Verantwortung für die Schöpfung“

Bundesminister Prof. Dr. Klaus Töpfer

Einleitung: Dr. Hans Horn

Grußwort: Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL

Anmeldung beim EAK der CDU/CSU

EAK-Veranstaltung für Mittelhessen:

„Drogen – Zeichen einer Krise Wege aus der Krise?“

mit: Prof. Dr. A. Kreuzer,
Universität Gießen (Kriminologe)

Dr. W. Winkler,
Leiter der Abt. Suchthilfe, Sozialministerium Wiesbaden

Ort: Bürgerhaus Gießen-Kleinlinden

Termin: Mittwoch, 21. Februar 1990, 20.00 Uhr

Rückfragen und Anmeldungen bei K. Frommelt, ☎ 0 64 03/86 19
oder CDU-Geschäftsstelle Gießen, ☎ 06 41/1 20 54

schaft geben“, betonte er. Auch die Sprachbarriere und daraus resultierende Probleme, Aussiedler beruflich zu integrieren, müßten bei der Bevölkerung Berücksichtigung finden: „Weder Aus- noch Übersiedler nehmen uns etwas weg; sie sind eine Bereicherung der Gesellschaft.“

Zu diesem Ergebnis kam auch **Dr. Winfried Fuest**, der die Situation als Mitarbeiter des Institutes der Deutschen Wirtschaft aus ökonomischer, sozialer und finanzieller Sicht betrachtete. In einem Gutachten hat er als Mitautor festgestellt, daß „bis zum Jahr 2000 die Zuwanderung der

Das „neue Zeitalter“ im Widerstreit um den Epochenwechsel

Neusäß. Der Slogan der New-Age-Bewegung lautet „Vorwärts zur Natur“. Verkündet wurde er von Günther Schiwy, Verlagslektor und Fachmann in Sachen New-Age aus München, bei einem Vortrag auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises des EAK Augsburg-Land der CSU.

„Der Grund für die gegenwärtige Krise ist, daß der Mensch sich nicht mehr als Teil der Na-

tur weiß, sondern eine möglichst naturferne Kultur schafft.“ Und dies sei nicht Ergebnis einer bestimmten Ideologie, sondern gleichsam im Gedankengut des Kapitalismus wie des Kommunismus verankert.

Der Grundgedanke des „Neuen Zeitalters“, so die Übersetzung von New Age, sei demnach die Neuentdeckung des Menschen als Teil der Natur, für deren Fortbestehen er auch verantwortlich sei.

Dabei habe Gott nicht die Welt erschaffen und sich dann zurückgezogen, sondern sei, sagt Schiwy, „auf der Erde präsent“. Die New-Age-Bewegung beinhalte die Summe verschiedenster Denkweisen und Einstellungen, auch der des Christentums, aus dem sie aber nicht hervorgegangen sei.

In der anschließenden Diskussion wurde auch Kritik an einzelnen Äußerungen Schiwys laut.

Menschen unterwegs

Gaggenau. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU hatte in Gaggenau lebende Aus- und Übersiedler zu einem vorweihnachtlichen Gedanken- und Gesprächsaustausch in dem Gemeindesaal der Markusgemeinde eingeladen. Die Vorsitzende des Arbeitskreises,

Gudrun Vorweg, konnte hierzu auch Pfarrer **Gerhard Eibler** begrüßen, der in seiner Ansprache von einem gegenseitigen Ergänzen sprach. Die Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises wies darauf hin, daß man mit der Zusammenkunft, zu der 40 Erwachsene mit 22 Kindern gekommen waren, Akzente setzen wolle.

Mit der Einladung habe man den Versuch unternommen, die Aus- und Übersiedler in die kirchliche Gemeinde zu integrieren. Gudrun Vorweg stellte ferner fest, daß es die Übersiedler hinsichtlich der Bekenntnung zu ihrem Glauben in ihrer Heimat schwer hatten. Sie betonte weiter, daß ein großes Interesse an der Taufe von Kindern bestehe. So wurden in den zurückliegenden Tagen schon einige, teils schulpflichte Kinder, getauft. Gudrun Vorweg wies auch auf das Zusammengehörigkeitsgefühl dieser Menschen hin. So wollten sich Großfamilien nicht trennen, sondern zusammen in einem großen Haus wohnen.

Weltgebetstag der Frauen

»Unsere Hoffnung –
Gerechtigkeit
für alle«

Freitag, 2. März 1990

Drogenpolizei gefordert

Mönchengladbach. Eine besondere Polizei-Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Rauschgifthandels in den Grenz-Regionen zu den Niederlanden hat der Evangelische Arbeitskreis der CDU-Niederrhein bei seiner jüngsten Sitzung in Mönchengladbach gefordert. Der Arbeitskreis beschäftigte sich unter Leitung des Bezirksvorsitzenden **Peter Hohl** vor allem mit der Öffnung der DDR und der Rolle der evangelischen Kirche dabei.

Das besonnene Verhalten der Kirche in der DDR habe den friedlichen Weg zur Demokratisierung ermöglicht. Der EAK-Vorstand forderte die Landeskirchenleitung in Düsseldorf auf, diesen Prozeß weiter zu unterstützen. Er warnte allerdings vor einem Eintritt von Kirchenvertretern in herausgehobene politische Ämter und forderte kritische Distanz.

Appell an die Verantwortung

Leverkusen. In einer öffentlichen Versammlung beschäftigte sich der Evangelische Arbeitskreis im CDU-Kreisverband Leverkusen mit der „Legitimation von Streitkräften in der Demokratie“. Referent war Hauptmann **Voggt** vom Luftwaffenamt. **Voggt** wies darauf hin, daß 86 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik die konventionell ausgerüstete Bundeswehr befürworten. Nur 24 Prozent meinen, daß auch Nuklearwaffen für die Friedenssicherung grundsätzlich notwendig seien, so **Voggt**.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat es auf der Erde 246 Kriege zwischen Staaten gegeben, in denen niemals Atomwaffen stationiert waren. „Konventionelle Waffen wirken verheerend genug; ein Nuklearkrieg würde die ganze Welt zerstören“, hieß es.

In der ausführlichen, engagierten und mit großem Ernst geführten Diskussion wurde auch deutlich, daß nicht das Material, das der Mensch als Waffe benutzt, „böse“ ist, sondern der Mensch selbst, der sich oft verantwortungslos zeige.

31. Bundestagung des EAK der CDU/CSU 23.–24. März 1990 Unihalle, Wuppertal

»Freiheit und Einheit – Zukunft für Deutschland«

Voraussichtlicher Programmablauf:

Freitag, 23. März 1990

13.00 Uhr Bundesarbeitskreis (gesonderte Einladung)
Neuwahl des Bundesvorstandes

20.00 Uhr Theologisches Abendgespräch
„Von der Freiheit eines Christenmenschen ...“

Gesprächsteilnehmer:
Bundesminister **Dr. Norbert Blüm**, MdB
CDU-Landesvorsitzender NRW, Düsseldorf
OKR **Martin Kirchner**, Generalsekretär der DDR-CDU
Präses **Peter Beier**, Düsseldorf
Bischof **Dr. Joachim Rogge**, Görlitz

22.00 Uhr Empfang

Samstag, 24. März 1990

10.00 Uhr Eröffnungsansprache
EAK-Bundesvorsitzender

10.30 Uhr Podium:
„Freiheit – Menschenwürde – Sozialordnung“

14.00 Uhr Vortrag:
Bundeskanzler **Dr. Helmut Kohl** MdB, Bonn

16.00 Uhr Schlußwort

Bitte fordern Sie ab sofort das endgültige Programm an:
EAK der CDU/CSU, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn 1
Telefon (02 28) 544-305

EAK der CDU/CSU

in Zusammenarbeit mit dem Institut für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung
Fachtagung für Pfarrerinnen und Pfarrer aus beiden Teilen Deutschlands

»Kirche und Politik«

18.–20. März 1990
in Schloß Eichholz, Wesseling
u. a. mit **Dr. Hans-Ulrich Klose**,
Dr. Hartmut Löwe, **Albrecht Martin**,
Kirchenvertretern aus der DDR

11. Theologisches Abendgespräch des EAK Baden

„Macht und Moral“

Dr. Horst Folkers, Wiesloch
Mittwoch, 14. 2. 1990, 19.30 Uhr
Heinz-Schuchmann-Haus,
7500 Karlsruhe-Rintheim
Heilbronner Straße 30

Leitung: Günther Leis, Karlsruhe

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Minister für Bundesangelegenheiten Albrecht Martin, MdL; Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Staatsminister a. D. Friedrich Vogel, MdB; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Arnulf Borsche ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

Bonn

Aus dem Inhalt:

Pate der Oppositionsbewegung? Wohin führt der Weg der evangelischen Kirche in der DDR?	1
Gemeinsam vor der Herausforderung der Freiheit	3
Mehr Hilfe für Drogenabhängige notwendig	5
Wirkungsvolle Bekämpfung des Rauschgiftproblems	7
Ökologische Marktwirtschaft	8
Totale Demokratie oder Selbstbeschränkung der politischen Parteien	
Ein Interview	10
Büchermarkt	11
Leserbrief	12
Kurz notiert	12
Aus unserer Arbeit	13
Loccum Erklärung	16

Unsere Autoren

Udo Hahn
Godesberger Allee 157
5300 Bonn 2
Bundesminister
Dr. Gerhard Stoltenberg, BMVg
Hardthöhe, 5300 Bonn 1
Hermann Gröhe
Annaberger Str. 283, 5300 Bonn 2
Carl-Dieter Spranger
Parl. Staatssekretär, BMI
Graurheindorfer Str.
5300 Bonn 1
Werner Steinjan
Schüllerweg 10, 5300 Bonn 2
Christoph Mezger
Brüsseler Str. 11, 5300 Bonn 1

Ihre Dankbarkeit und Freude über die in der DDR mit dem 9. Oktober 1989 begonnenen Veränderungen haben Bischöfe und Beauftragte des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei einer Klausurtagung bekundet, die unter Leitung der Bischöfe Martin Kruse (EKD) und Werner Leich (BEK) vom 15. bis 17. Januar 1990 in der Evangelischen Akademie Loccum stattgefunden hat.

Sie erklären:

I.

Wir danken Gott für den Erfolg der gewaltfreien Demonstrationen und für die neugewonnene Freiheit in der DDR. Nach langer Trennung können Menschen wieder zusammenkommen.

In der Öffentlichkeit beider Staaten wurde mit großer Hochachtung der Beitrag gewürdigt, den die evangelische Kirche zum Wandel in der DDR geleistet hat. Vieles ist hier zu nennen: die Friedensgebet und Fürbittgottesdienste, die Gespräche in den Gotteshäusern, die Erklärungen der evangelischen Synoden und der Ökumenischen Versammlung und besonders der persönliche Einsatz vieler Mitarbeiter und Gemeindeglieder.

Wir haben in diesen Monaten neu erfahren, welche politischen Wirkungen der geistliche Auftrag der Kirche Jesu Christi hat.

II.

In unseren kirchlichen Verfassungen haben wir uns zu der „besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland“ bekannt. Diese besondere Gemeinschaft wurde jahrzehntelang in zahllosen Verbindungen gewahrt und das Verlangen nach weiterer Gemeinschaft gestärkt. So hat sich diese Gemeinschaft als kräftige Klammer zwischen den Menschen im geteilten Deutschland erwiesen. Das hat sich politisch ausgewirkt. Das Bewußtsein der Zusam-

mengehörigkeit der Deutschen in beiden Staaten ist für die Kirchen eine wichtige Grundlage ihres gemeinsamen Wirkens. Wir haben dieses Gefühl gestärkt, wir empfinden es selbst. **Wir wollen, daß die beiden deutschen Staaten zusammenwachsen.** Das wird in mehreren Schritten im Rahmen eines gesamteuropäischen Verständigungsprozesses geschehen.

Während der langen Trennungszeit haben sich die Verhältnisse in beiden deutschen Staaten unterschiedlich entwickelt. Unsere Interessen und Überzeugungen stimmen nicht immer überein. Das muß berücksichtigt werden.

Der Frieden muß erhalten und gestärkt werden. Deshalb wollen wir die Sorgen und Vorbehalte ausländischer Freunde und europäischer Nachbarn gegen die Einigung Deutschlands ernst nehmen. Wir wollen um ihr Vertrauen werben. Klarheit in der Darlegung deutscher Absichten und Besonnenheit bei der Verwirklichung neuer Einheit werden Vertrauen im In- und Ausland fördern.

Die besondere Gemeinschaft der evangelischen Christenheit in Deutschland ist trotz der Spaltung des Landes und der organisatorischen Trennung der Kirche lebendig geblieben. Wie sich auch die politische Entwicklung künftig gestalten mag, wir wollen der besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland auch

organisatorisch angemessene Gestalt in einer Kirche geben. Mit den während der Zeit Trennung gewachsenen Erfahrungen und Unterschieden wollen wir sorgsam umgehen.

Seit langem arbeiten Beratungsausschüsse beider Kirchen intensiv zusammen. **Wir empfehlen, nun eine gemeinsame Kommission der evangelischen Kirchen in beiden deutschen Staaten zu bilden.** Sie soll gemeinsame Aufgaben benennen, weitere Schritte der Zusammenführung beraten und dazu Vorschläge machen.

Wir sind beeindruckt, welche Bereitschaft zum risikoreichen Engagement und zur selbstlosen Hilfe in den Monaten in beiden deutschen Staaten vorwirksam geworden ist und nach vorne wirksam wird.

Wir bitten die Gemeinden in beiden deutschen Staaten, die neuen Chancen der Veränderung zu nutzen und zu unterstützen. Es ist nötig, daß die Menschen sich entscheiden, in der DDR zu bleiben. Das wird geschehen, wenn ihre Hoffnung wächst.

Trotz aller verständlichen Aufmerksamkeit, die derzeit den deutsch-deutschen Themen gilt, bitten wir die Aufgaben, die wir gegenüber den Armen in unserer Welt haben, nicht zu vernachlässigen.

Wir bitten die Gemeinden, weiterhin für die Gerechtigkeit, den Frieden und die Bewahrung der Schöpfung zu beten und zu arbeiten.